Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1923

12.10.1923 (No. 234)

Visual Library

Nr. 234 61. Jahrgang — Karlsruhe, Freitag den 12. Oktober 1923

Bezugspreis (freibleibend) durch Träger Mk. 135 000 000; (b. d. Abholstelle in Karlsruhe 125 000 000). wöchentlich. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf den Monatsschluß erfolgen.

Fernsprecher: Geschäftsstelle 535.

Badischer Beobachter

Anzeigengrundpreis: 1 waltig, 1 mm hoch 60 Mk., im Reklameteil 180 Mk. Schlüsselzahl (Multiplikator) 200 000. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Tarifrabatt, der hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung und bei Konkurs wegfällt.

Fernsprecher: Redaktion 572.

Verlegerin und Herausgeberin: Akt.-Ges. „Badenia" (Wilhelm Johner, Direktor). Rotationsdruck der „Badenia" Akt.-Ges. Karlsruhe, Adlerstraße 42. Drahtadresse: Beobachter. Postscheck-Konto Amt Karlsruhe 4844.

Erscheint Werktags einmal täglich. — Beilagen: „Blätter für den Familientisch" und „Frauenrundschau". — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Schluß der Anzeigen-Annahme: vormittags ½8 Uhr.

Hauptschriftleiter: J. Th. Meyer. Verantwortlich für den politischen Teil: Th. Meyer für den Nachrichtendienst, den unterhaltenden und übrigen Teil Dr. H. A. Berger für die Anzeigen: J. Wurzler, sämtliche in Karlsruhe.

Die Auflösung des Reichstags angedroht.

Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz auf Samstag vertagt.

Die anhaltende und mit sachlichen Gründen nicht zu rechtfertigende Opposition der Deutschnationalen und selbst extremer Flügel der Koalitionsparteien hat die neueste Berliner Sensation zuwege gebracht. Der Kampf um das Ermächtigungsgesetz erreichte in der gestrigen Reichstagssitzung seinen vorläufigen Höhepunkt und die scharfe Ankündigung des Reichskanzlers, daß er im Falle der Nichtannahme des Ermächtigungsgesetzes unweigerlich von seinem durch den Reichspräsidenten übertragenen Rechte der Reichstagsauflösung Gebrauch machen werde, steigerte die schwüle Atmosphäre der Schicksalsgewißheit bis zum äußersten. Die Regierungsparteien werden nun bis Samstag eifrig Sorge dafür tragen müssen, daß ihre Mitglieder möglichst vollzählig beisammen sind oder doch soweit, daß sie die für die Beschlußfähigkeit erforderliche Zahl von mindestens 306 Abgeordneten zusammentrommeln. Im anderen Falle könnte man nicht umhin, dem Parlamentarismus ob seiner Disziplinlosigkeit eine recht schlechte Zensur auszustellen. Die sozialdemokratische Fraktion wird z. B. alle Anstrengungen in dieser Richtung machen. In ihrer gestrigen Sitzung wurde festgestellt, daß es bei dem bisherigen Brauch der Fraktion verbleibt, wonach es den Mitgliedern nicht gestattet ist, im Reichstag gegen Fraktionsbeschluß zu stimmen. Das Fraktionssekretariat hat Vorsorge getroffen, daß die am Donnerstag nicht anwesenden Fraktionsmitglieder am Samstag in Berlin sein werden.

Man kann nur wünschen, daß sich die anderen Fraktionen — wovon wir das Zentrum nicht ausnehmen — diesem Beispiele anschließen. Die Verantwortung für die Folgen einer Reichstagsauflösung würde dann einzig den Fraktionen bezw. den einzelnen Abgeordneten zufallen, die im ernstesten Augenblick der parlamentarischen Geschichte ihre Pflicht gröblich verletzten. Wenn diese renitenten Abgeordneten allerdings glauben, durch ihre Abwesenheit die Regierungsmaßnahmen, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ergriffen werden sollen, zu hintertreiben, so befinden sie sich in einem Irrtum. Denn wie der Vorwärts mitteilt, sollen die hauptsächlichsten Maßnahmen dann auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung ergriffen werden.

—(⊙)—

Die Ermächtigung des Reichskanzlers zur Auflösung des Reichstags.

Berlin, 11. Okt. Reichskanzler Dr. Stresemann berief sofort nach seiner Rückkehr vom Reichspräsidenten die Fraktionsführer der Regierungsparteien zu einer Besprechung zu sich. Er eröffnete ihnen, wie wir erfahren, daß der Reichspräsident ihm die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstages gegeben habe, wenn das Ermächtigungsgesetz nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit finde.

Während der Plenarsitzung hielten die Sozialdemokraten eine Fraktionssitzung ab, in der versucht werden soll, die Opposition in der Partei, die sich bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz der Stimme enthalten wollen, von ihrem Vorhaben abzubringen, da dann die Auflösung des Reichstages mit ihren katastrophalen Folgen unvermeidlich sei. Zur Zeit wird auch versucht, die Deutschnationale Volkspartei zu bewegen, während der Abstimmung im Saal zu verbleiben, da sonst die Anwesenheit von zwei Drittel aller Parlamentsmitglieder nicht erreicht werden würde.

Die Deutschnationale Volkspartei hat soeben beschlossen, das Schicksal des Ermächtigungsgesetzes von der Haltung der Regierungsparteien abhängig zu machen, deren Pflicht es sei, dafür zu sorgen, daß das Gesetz die notwendige Mehrheit erhalte. Wenn die Regierungsparteien imstande wären, das Gesetz aus eigener Kraft durchzubringen, so werden die Deutschnationalen keine geschäftsordnungsmäßigen Hindernisse entgegensetzen. Wenn die Abgeordneten der Regierungsparteien aber nicht in ausreichender Zahl vorhanden sind, so müssen sie selbst die notwendigen Folgen tragen.

*

Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 12. Okt. Der Lokalanzeiger schreibt: Das Reichskabinett trat gestern im Anschluß an die Reichstagssitzung zu einer Beratung zusammen. In ihrem Verlauf ist die erste Steuerverordnung formell verabschiedet worden. Ueber die weiteren Ergebnisse in der Kabinettsitzung wird an zuständiger Stelle Stillschweigen bewahrt. Der Lokalanzeiger berichtet dann über die gestern erörterten Fragen, so wie sie an zuständiger Stelle angesehen werden dürften, daß das Kabinett auf dem Standpunkt stehe, daß es nicht länger mit den Notverordnungen aufgrund des Artikels 48 der Reichsverfassung warten kann. Infolgedessen hat der Reichsfinanzminister die beiden ersten Verordnungen dieser Art dem Reichspräsidenten bereits zur Unterschrift vorgelegt. Diese Unterschrift ist vollzogen und damit sind sie schon jetzt vor Annahme des Ermächtigungsgesetzes in Kraft getreten. Die erste Verordnung bezieht sich, wie schon gemeldet, auf die Umstellung der gesamten Reichssteuern auf Goldwährung. Die zweite bezieht sich auf die Einschränkung der Reichsausgaben. Der Reichsfinanzminister erhält besondere Vollmachten, um neuen Anforderungen an den Reichssäckel ohne weiteres einen Riegel vorzuschieben. Ein besonderer Katalog von Sparmaßnahmen ist in Vorbereitung. In der Frage der Kohlensteuer steht der Finanzminister auf dem Standpunkt, daß er für Aufhebung dieser bisher für das Reich sehr ergiebigen Steuer stimmen würde, wenn eine Verbilligung der sich auf den Kohlenverbrauch bauenden Produkte garantiert werden könne. Auch auf währungspolitischem Gebiet beabsichtigt die Reichsregierung in den nächsten Tagen entscheidende Schritte zu unternehmen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, den 11. Oktober 1923.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr. Am Regierungstisch: Innenminister Sollmann, Justizminister Dr. Radbruch.

Dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes.

Zur dritten Lesung liegt eine Entschließung der Abgg. Frau Lüder (Dem.), Frau Mende (D. V.), Frau Pfülf (Soz.), Frau Tausch-Köln (Ztr.) und Leicht (B. Vp.) vor, worin die Reichsregierung ersucht wird, bei den nötigen Einschränkungen der Ausgaben des Reiches die große Bedeutung der Pflege der Kultur und Volkswohlfahrt und der geistigen und körperlichen Jugendpflege zur Erhaltung der nationalen Kraft im Auge zu behalten. Die diesen Zwecken dienenden Aufwendungen dürfen erst in letzter Linie mit Rücksicht der Ersparnis gekürzt werden.

In der allgemeinen Aussprachen fordert der Abg. Froehlich (Komm.) erneut die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes. Soll man die Geschicke Deutschlands wirklich in die Hände einer kleinen Gruppe von Industriekönigen legen? Dann würde das Ermächtigungsgesetz nicht für das Kabinett bestimmt sein, sondern für Industrielle, die in Abwesenheit des Reichstags unbeschränkt regieren würden. Der Redner wirft dann dem Reichswehrminister Dr. Geßler vor, er habe Verbindung mit rechtsradikalen Geheimorganisationen. In Sachsen komme heute eine sozialdemokratisch-kommunistische Regierung zustande. Das sei ein Schritt vorwärts. Daran solle der Reichstag ein Beispiel nehmen. Das Proletariat werde mit den Hochverrätern abrechnen.

Abg. Ledebour (b. k. F.) beantragt unter allgemeiner Unruhe, die Verhandlungen jetzt sofort zu unterbrechen und den Reichskanzler, der noch nicht im Saale sei, aufzufordern, sofort zu erscheinen und Stellung zu den ziemlich schweren Anklagen des Abg. Froehlich zu nehmen.

Präsident Loebe teilt mit, daß der Reichskanzler sich bereits im Hausen befunden habe. Er sei aber durch die Feststellung der Zahl der im Saale und im Hause befindlichen Abgeordneten und des schon jetzt vermutlichen Ergebnisses der Abstimmung über das Ermächtigungsgeses veranlaßt worden, sich zum Reichspräsidenten zu begeben. (Lebhaftes Hört! hört! und große Bewegung.) Er werde aber sofort wieder im Hause erscheinen und an den Verhandlungen teilnehmen. Der Präsident stellt dann fest, daß eine Besprechung des Antrags Ledebour (b. k. F.) nur erfolgen könne, wenn 30 Abgeordnete dafür stimmen. — Unter allgemeiner großer Unruhe stellt der Präsident die Unterstützungsfrage. Zur Unterstützung erheben sich die Kommunisten, die Deutschvölkischen und einige Deutschnationalen, die aber später wieder ihren Platz einnehmen. (Minutenlang herrscht große Unruhe im Saal, da die jetzt hereinströmenden Abgeordneten erst über die Sachlage aufgeklärt werden müssen.)

Schließlich stimmen nur die Kommunisten und die Deutschvölkischen für die Besprechung des Antrags Ledebour, so daß er die nötige Zahl nicht erreichen konnte. Der Antrag Ledebour ist damit erledigt. (Großer Lärm bei den Kommunisten. Zuruf: Schiebung!)

Abg. Henning (D. Völk.) lehnt das Ermächtigungsgesetz ab. Der heutige Dollarstand sei ein Mißtrauensvotum für die Regierung Stresemann. Die Folge dieses Ermächtigungsgesetzes wird die Hungerrevolte sein. (Lärm links und Zuruf: Sie sind die Landesverräter!) Wenn wir zur Macht kommen, werden wir die Amnestiegesetze aufheben und die Landesverräter vom November 1918 zur Rechenschaft ziehen. (Erneut Lärm links.) Es gibt nur eine Rettung: Deutscher Fleiß, deutscher Kaufmann, deutsche Erfindungen und deutsche Industrielle. Wir brauchen Neuwahlen, die einen ganz anderen Reichstag bringen werden. (Inzwischen ist Reichskanzler Dr. Stresemann im Saal erschienen.) Das deutsche Volk verlangt völkische Erneuerung. Wenn das Judentum es so weitertreibt, dann möchte ich am Tage der Abrechnung allerdings nicht Jude sein.

Es läuft ein Antrag der Regierungsparteien auf namentliche Abstimmung des Ermächtigungsgesetzes ein.

Abg. Ledebour (bei keiner Fraktion) lehnt gleichfalls das Ermächtigungsgesetz ab. Es sei eine außergewöhnliche Erscheinung, daß während einer so wichtigen Debatte der Reichskanzler zunächst nicht anwesend sei. Wenn er mit den Parteiführern Besprechungen abhalte und zum Reichspräsidenten fahre, so müsse man annehmen, daß er schon wieder Absicht habe, zurückzutreten. (Reichskanzler Dr. Stresemann: O nein!) Der Redner erhebt den Vorwurf der Feigheit gegen General Ludendorff, der mit einer blauen Brille nach Schweden geflohen sei. (Pfuirufe.)

Abg. v. Gräfe (D. Völk.) erklärt, daß er trotz des Modergeruchs dieses Hauses sich dagegen verwahren müsse, daß Herr Ledebour hier den Namen der größten unseres Landes mit Schmutz bedeckt, den Namen des Mannes, der vor dem Feinde gestritten habe. Wenn die Geschichte über die Namen der Novemberverbrecher längst hinweggegangen sein werde, dann wird der Name des General Ludendorff als einer der größten Helden genannt werden. (Beifall rechts.)

Abg. Leicht (Bayr. Volksp.) gibt nochmals die ablehnende Haltung seiner Fraktion bekannt, teilt aber mit, daß sie nicht Obstruktion treiben, also nicht den Saal verlassen werden.

Abg. Breitscheid (Soz.) ist bereit, der gegenwärtigen Regierung außerordentliche Vollmachten zu bewilligen. Alle sozialdemokratischen und demokratischen Kräfte müssen zusammengefaßt werden gegen die drohende Reaktion, gegen die Anarchie und gegen den Hungertod, für die Republik und Reichseinheit.

Ein Schlußantrag wird darauf angenommen. (Erregte Zurufe der Kommunisten: „Und der Reichskanzler?"

In der Einzelberatung lehnt der Abg. Wulle (D. Völk.) erneut das Ermächtigungsgesetz ab, weil es die Verfassung verletze. Der Reichstag dürfe sich nicht ausschalten und der Diktatur der Mittelmäßigkeit Platz machen. Erfreulicherweise bestehe heute eine gewisse Aussicht auf die Reichstagsauflösung. (Zuruf links: Schon wieder vorbei. Der Reichstag ist gut besetzt!) Schade, es wäre sonst eine gründliche Abrechnung mit dieser Koalitionsregierung erfolgt. Der Redner fragt, ob es richtig sei, daß eine Note des General Nollet vocliege mit der Forderung auf Aufhebung der Reichswehr.

Ein Schlußantrag wird angenommen. In der Abstimmung wird zunächst der kommunistische Antrag zu § 1, das Gesetz lediglich auf finanzell-politische Maßnahmen zu beschränken, aber alle sozialpolitischen Maßnahmen herauszulassen, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Ueber einen deutschnationalen Antrag, den Satz in § 1 zu streichen, wonach von den Grundrechten der Verfassung abgewichen werden kann, wird namentlich abgestimmt. In der Abstimmung nimmt der Reichskanzler als Abgeordneter auf seinem Abgeordnetenplatz teil. Der Antrag wird mit 292 gegen 79 Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt. Damit ist festgestellt, daß von 459 Abgeordneten zur Zeit 371 anwesend sind. Abgelehnt wurden weitere Anträge der Deutschnationalen auf weitere Ausnahmen des Ermächtigungsgesetzes. Die Gesamtabstimmung über § 1 ist wiederum namentlich. § 1 wird mit 253 gegen 97 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Deutschvölkische Freiheitspartei, die Bayerische Volkspartei, die Kommunisten und der Abg. Geißler (b. k. Fr.). Ein Teil der Sozialdemokraten beteiligt sich nicht an der Abstimmung, sodaß 20 Stimmen weniger abgegeben werden als bei der ersten namentlichen Abstimmung.

Zu § 2 wird in einfacher Abstimmung der deutschnationale Antrag abgelehnt, wonach das Gesetz mit dem Tage der Verkündigung einer gesetzlichen Neuregelung der Arbeitszeit und sozialen Demobilmachungsvorschriften außer Kraft tritt.

Zu § 2 beantragen die Deutschnationalen, den Satz, daß das Gesetz mit dem Wechsel der derzeitigen Reichsregierung oder ihrer parteipolitischen Zusammensetzung, spätestens aber am 31. März 1924 außer Kraft tritt, dahin zu ändern, daß die Worte „oder ihrer parteipolitischen Zusammensetzung" gestrichen werde. In namentlicher Abstimmung wurde dieser Antrag mit 306 gegen 64 Stimmen abgelehnt. § 2 selbst wird in einfacher Abstimmung angenommen.

Anträge der Deutschnationalen, dem § 3 hinzugefügt werden soll, daß während der Dauer des Gesetzes die Reichstagsmitglieder Aufwandsentschädigungen nur für die Tage erhalten sollen, an denen der Reichstag versammelt ist und während der Vertagung der Ueberwachungsausschuß zu berufen ist, wurden abgelehnt.

Bei der Einleitung und Ueberschrift des Gesetzes nimmt unter allgemeiner großer Spannung Abg. Schulz-Bromberg (Dnatl.) das Wort. Er erklärt, der Bankerott des Parlamentarismus sei gekommen. Er habe dem Volke eine Fülle von Glück versprochen, aber er habe vollständig versagt. Jetzt sei es den Regierungsparteien nicht möglich gewesen, eine sichere Mehrheit zusammen zu bringen. Die Deutschnationalen hätten keine Veranlassung, die Regierungsparteien zu unterstützen. Sie würden bei der Gesamtabstimmung den Saal verlassen. (Anhaltende große Bewegung. Die Deutschnationalen verlassen unter stürmischen Zurufen der Linken den Saal.)

Abg. Fröhlich (Komm.) behauptet, daß ein großer Teil der Küstriner Rebellen in München sei.

Abg. Marx (Ztr.) stellt nun den Antrag, die ganzen Verhandlungen zu vertagen. (Schallendes Gelächter und Zurufe bei den Kommunisten und Deutschvölkischen.)

Abg. v. Gräfe (Dvölk.) erklärt, noch nie habe sich diese Regierung so blamiert wie in diesem Augenblick. Noch vor wenigen Augenblicken habe der Kanzler gewagt das Haus bluffen zu wollen mit der Androhung der Auflösung und nun falle er in die erbärmliche Gewohnheit der Verhandlungen zurück. (Stürmische Pfuirufe und Schlußrufe bei der Mehrheit.) Präsident Loebe bittet den Redner, vom Kanzler in Ausdrücken zu sprechen, die dem parlamentarischen Tone entsprechen. Der Abg. v. Gräfe versucht weiterzusprechen, wird aber durch stürmische Zurufe der Mehrheit daran gehindert. Präsident Loebe erklärte, der Abg. Schulz habe gesagt, die Regierungsparteien wollten versuchen, jetzt die nötige Mehrheit zusammen zu bringen. Zu diesem Zweck schlage er vor, die Verhandlungen bis zum Samstag zu vertagen. (Zurufe und Hört! Hört!)

Der Reichskanzler wendet sich gegen den Abg. v. Gräfe, der gesagt habe, daß er den Reichstag habe bluffen wollen. Die Beschlüsse darüber, was die Regierung tut, wenn das Ermächtigungsgesetz abgelehnt wird, stehen, so erklärt der Reichskanzler, für mich und für die Stellen, die darüber zu entscheiden haben, fest.

Das Haus beschließt, die nächste Sitzung am Samstag mittag 1 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Schlußabstimmung über das Ermächtigungsgesetz.

Schluß ¼4 Uhr.

—)*(—

Die ablehnende Haltung Frankeichs.

Berlin, 11. Okt. Amtlich wird mitgeteilt: Im Anschluß an die Aufhebung des passiven Widerstands hatte die deutsche Regierung am 24. September den hiesigen französischen und belgischen Vertretern die Erklärung abgegeben, daß Deutschland bereit sei, über die Frage der Wiederaufnahme des normalen Verkehrs und Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet in Beratung mit den Besatzungsmächten einzutreten. Da die deutsche Regierung eine offizielle Nachricht über die Stellungnahme der Besatzungsmächte bisher nicht erhalten hat, seien die deutschen Vertreter in Paris und Brüssel angewiesen, diese Frage erneut dem französischen Ministerpräsidenten und dem belgischen Außenminister vorzulegen. Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel ist von dem belgischen Außenminister bekanntlich am Montag empfangen worden. Herr Jaspar hat eine endgültige Stellung nicht eingenommen, sondern eine Aufklärung über die verschiedenen Fragen gewünscht, insbesondere über die tatsächliche Aufgabe des passiven Widerstandes, sowie über die Stellung der deutschen Regierung zu einer Bezahlung der Reparationen und zu Kohlenlieferungen. Im übrigen hat sich der belgische Außenminister mit der französischen Regierung in Verbindung gesetzt. Der franz. Ministerpräsident hat unseren Geschäftsträger Botschaftsrat v. Hoesch, am Mittwoch, den 10. Oktober empfangen und ihm auf seine Anfrage mitgeteilt, daß die französische Regierung es ablehnen müsse, mit der deutschen Regierung über Einzelheiten der Aufgabe des passiven Widerstands zu verhandeln. Es sei die Absicht Frankreichs und Belgiens, die Wiederherstellung des früheren Zustandes im besetzten Gebiet durch direkte Verhandlungen mit der deutschen Wirtschaft und den technischen Lokalbehörden zu regeln. Diese Regelung gehe nur Frankreich, Belgien und die Bewohner des besetzten Gebiets an. Eine Einflußnahme der deutschen Regierung auf die Gestaltung der Verhandlungen sei durchaus möglich, da es der deutschen Regierung freistehe, die deutschen Lokalbehörden und Organe im besetzten Gebiet mit Instruktionen über ihre Auffassung zu versehen. Zu Verhandlungen mit der deutschen Regierung über das Gesamtproblem sei er gerne bereit, sobald der passive Widerstand tatsächlich verschwunden und die Wiederherstellung des früheren Zustandes im Ruhrgebiet wieder eingetreten sei, was bei gutem Willen nach der Meinung des französischen Ministerpräsidenten in zwei bis vier Wochen der Fall sein könnte.

Die Reichsregierung, die von dem Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Paris, der erst heute morgen übermittelt wurde, erst kurz Kenntnis nehmen konnte, wird sich in einer heute nachmittag stattfindenden Kabinettsitzung mit der durch die Erklärungen der französischen und belgischen Regierung geschaffenen Lage beschäftigen und die Stellungnahme der deutschen Regierung feststellen.

Vom Tage.

Es ist zu erwarten, daß der sächsische Gesandte in Berlin Dr. Gradnauer von der sächsischen Regierung abberufen wird. Die thüringische Regierungskoalition soll nach dem Muster der sächsischen gebildet werden. Die Verhandlungen hierüber finden heute zwischen der VSPD. und der KPD. statt.

Die Streiklage in Oberschlesien hat sich verschärft.

In der britischen Reichskonferenz sprach gestern Lord Cecil über den Völkerbund.

Die offizielle Annektion Fiumes durch die italienische Regierung ist von Südslawien anerkannt worden.

England bereitet Maßnahmen gegen die Papiergeldinflation vor.

In Köln ist es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten gekommen.

Zu dem Vorgehen der Ruhrindustriellen.

Die T. U. verbreitet die Nachricht, daß die Abschrift des von Stinnes nach seiner Unterredung mit General Degoutte an den Reichskanzler gerichteten Schreibens nach Lage der Sache nur aus der Reichskanzlei in unberufene Hände gelangt sein könne. Hierzu wird festgestellt, daß eine Indiskretion der Reichskanzlei gemäß der dort angestellten Nachprüfung nicht in Frage kommt und daß die in der Reichskanzlei angefertigten wenigen Abschriften des Schreibens restlos in diejenigen Hände gelangt sind, für die sie bestimmt waren. Die Nachforschungen darüber, aus welcher anderen Quelle die Kenntnis von dem Schreiben Stinnes' in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, sind sowohl von der Reichskanzlei wie von den sonst beteiligten amtlichen Stellen in die Wege geleitet. Der Vorfall zeigt, daß ein für die Unterrichtung der öffentlichen Meinung in hohem Maße verantwortliches Organ es bedauerlicherweise unterlassen hat, sich vor der Herausgabe einer derartigen, eine hohe Reichsstelle zu Unrecht schwer belastende Nachricht mit dieser Reichsstelle selbst in Verbindung zu setzen und dort den Sachverhalt klarzustellen.

Das Reichskabinett hat sich in langdauernden Beratungen mit dem ihm von der Abordnung des Zechenverbandes unterbreiteten Material über die Düsseldorfer Verhandlungen beschäftigt. Zu einer endgültigen Stellungnahme scheint es noch nicht gelangt zu sein. Sehr erwünscht wäre es, wie die Frankf. Ztg. schreibt, wenn sich die Regierung jetzt entschlösse, das ganze Material der Oeffentlichkeit zu unterbreiten, damit sie sich über das Vorgehen der Industriellen und die dadurch heraufbeschworenen Gefahren ein abschließendes Urteil bilden kann. Wenn die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gestern ihren Mitgliedern Stinnes und Vögeler, die an den Düsseldorfer Verhandlungen beteiligt waren, ein Vertrauensvotum ausgestellt hat, so kann diese Tatsache an der politischen Beurteilung der Dinge nichts ändern. Denn das Wesentliche an den Verhandlungen war nicht die Tatsache, daß die Industriellen verahndelten — deshalb kann ihnen überhaupt kein Vorwurf gemacht werden —, sondern die Frage ist, worüber und wie sie verhandelten. Aufklärung hierüber erhält man auch aus dem Beschluß der Deutschen Volkspartei nicht.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

An die Arbeit!

Die Zentrums-Parlaments-Korr. schreibt:

In der öffentlichen Aussprache zittert die Erregung über die Kabinettskrisis und die Vorgänge im Reichstag während der letzten Woche noch stark nach. Allenthalben bemüht man sich, die Intriguen aufzudecken, die zu der Kabinettskrisis mit ihren weittragenden, unheilvollen Folgen geführt haben. Auch die Aussprache über die Regierungserklärung, die am Montag im Reichstag begonnen hat, steht vollständig unter dem Eindruck der Erinnerungen an die letztvergangenen Dinge. Diese Rückbetrachtungen sind notwendig, wenn sie uns im Augenblick auch praktisch politisch nicht weiterbringen können. Es ist notwendig, daß sich endlich einmal über die politischen Notwendigkeiten und die staatsrechtlichen Formen, in denen sie durchgeführt werden sollen, eine klare und feste Meinung im Lande bildet. Es ist notwendig, daß gezeigt wird, wo die eigentlichen und tiefsten Feinde unseres Vaterlandes sitzen, um besser gegen sie kämpfen zu können, daß aufgedeckt wird, wo die letzten Wurzeln so mancher Giftblüten unseres gegenwärtigen Parlamentarismus zu finden sind. Diese Klärung darf nach den fürchterlichen Erschütterungen der letzten Woche nicht unterlassen bleiben. Auch die Rede des Zentrumsabg. Dr. Bell im Reichstag ist an der Kennzeichnung dieser Dinge nicht vorübergegangen.

Das Wichtigste aber, das nun zu tun ist, das ist die Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens. Die Reichsregierung wird die Ermächtigung bekommen, die sie nötig hat, um schnelle Reformarbeit zu leisten. Man hat in diesen Krisentagen die Hauptaufmerksamkeit auf die Frage des achtstündigen Arbeitstages gelenkt. Es ist richtig, daß die Hebung der deutschen Produktion eine erhebliche Mehrleistung an Arbeit zur Voraussetzung hat. Es ist auch richtig, daß Arbeit Arbeit schafft, daß also der zur Zeit gegen die Verlängerung der Arbeitszeit vielfach benutzte Hinweis, daß es an der nötigen Arbeitsgelegenheit fehle, nicht im vollen Umfange richtig ist, aber es wäre vollkommen verkehrt, wenn man glauben wollte, die Arbeitszeitfrage wäre die einzige Frage des deutschen Wirtschaftsproblems. Es ist nicht nur durch mangelhafte Arbeitsleistung am deutschen Wirtschaftsleben gesündigt worden, sondern auch durch das Verhalten weiter Arbeitgeberschichten selbst. So ist z. B. an der Zerrüttung der deutschen Währung nicht nur die Politik Poincares schuld, sondern auch gewisse Kreise der deutschen Wirtschaft, die so kurzsichtig waren, ihre eigenen Interessen vor die Interessen des Vaterlandes zu setzen. Schuld daran ist ferner die Steuerscheu mancher potenter Kreise, die nicht beachten, daß der finanzielle Niedergang des Staates die eigenen Geschäftsbetriebe unweigerlich in Mitleidenschaft ziehen müsse. Schuld daran trägt auch das heute in unserem Geschäftsleben übliche Preisfestsetzungsverfahren, das allen vernünftigen Sinn verloren hat und wahrlich nach dem übelberüchtigten Leitwort zu geschehen scheint: „Nach uns die Sündflut!" Um gerecht zu bleiben, darf man nicht verschweigen, daß Regierung und Parlament in der Vergangenheit nicht genügend Kraft aufgebracht haben, solcher Entwicklung entgegenzuwirken. Allerdings, der Widerstand gegen eine vorausschauende, wirklich volkswirtschaftliche Gesetzesarbeit, ging auch wieder von den Kreisen aus, die allen Erfahrungen zum Trotz gegenüber dem Staat und den großen Schichten der Konsumentenschaft und Arbeiterschaft ihre Privatherrschaft neu aufrichten und für alle Zeiten festlegen möchten. Es wird gewiß heute hüben und drüben gesündigt, aber der Ursprung des Uebels sitzt bei den Leuten, denen ihr Geschäft alles und Staat und Volk garnichts oder nur Mittel zum persönlichen Zweck bedeutet.

Es ist an der Zeit, daß die demokratische Regierung und der Reichstag und das deutsche Volk, vertreten in seinen verfassungsmäßigen Körperschaften, klare Bahn schaffen und dafür sorgen, daß den Parasiten der deutschen Volkswirtschaft und der deutschen Politik endlich der Garaus gemacht wird. Keinen anderen Sinn darf die Ermächtigung haben, die der Reichstag der Regierung auf wirtschaftlichem, finanziellem und sozialpolitischem Gebiete zuerkennt. Die Hemmnisse der Produktion müssen beseitigt werden. Gesichert werden muß das deutsche Volk aber auch gegen jeden Mißbrauch, den zahlreiche Wirtschaftskreise in den letzten Jahren mit der deutschen Arbeit und mit dem deutschen Gesamtbesitz zu ihrem persönlichen Vorteil machen konnten. Die klare Verantwortlichkeit eines jeden für den Staat und für die Gesamtwirtschaft muß in scharfen Formulierungen neu fruchtbar gemacht werden. Den Reichsministern der Wirtschaft und der Finanzen steht in dieser Beziehung eine große Aufgabe bevor. Sind die Minister Dr. Koeth und Dr. Luther in diesem Sinne Männer unseres Vertrauens?

Als Rathenau zur besseren Bewirtschaftung der kriegswichtigen Rohstoffe zu Beginn des Krieges die Kriegsstoffabteilung im Kriegsministerium einrichtete, machte er den Oberstleutnant Koeth zu seinem Mitarbeiter. Später übernahm er die Leitung jener Abteilung. Er hat sich in dieser Stellung großen Aufgaben gewachsen gezeigt und eine starke Energie und erfolgreiches Organisationstalent besessen. Als der Krieg zusammenbrach, sollte er die großen Demobilisierungsarbeiten übernehmen, kam aber zur Ausführung einer solchen Aufgabe nicht, da die Armee den größten Teil dieser Arbeiten selbst übernahm, aber es war trotzdem ein Reichsdemobilmachungsamt, unter Koeth als Staatssekretär, ins Leben gerufen worden, das sich im Jahre 1919 auflöste. Von Koeth hat man seit dieser Zeit nichts mehr gehört. Die Erinnerung an seine Tätigkeit während des Krieges ist eine durchaus gute und dementsprechend werden auf den neuen Reichswirtschaftsminister manche Hoffnungen gesetzt. Er wird bei seinen hohen Machtbefugnissen selbstverständlich stark unter den Einwirkungen der Interessentenkreisen stehen. Möge er sich ihnen gewachsen zeigen in dem Bewußtsein, daß nur mit dem Blick auf das Ganze der deutschen Volkswirtschaft und mit Einsetzung äußerster Energie die Schäden beseitigt werden können, die von der Wirtschaft selbst bisher der deutschen Volkswirtschaft als solcher zugefügt worden sind. Wir wollen damit nicht sagen, daß wir einen Wirtschaftsminister gegen die deutschen Wirtschaftler wünschen. Wir wollen aber damit sagen, daß wir einen Wirtschaftsminister gegen diejenigen wünschten, die ihr privatwirtschaftliches Interesse, wie sie es im Augenblicke sehen, zum höchsten Gesetz ihres Denkens und Handelns machen und auch den Staat dazu mißbrauchen möchten. Die alte Armee stand in dem Rufe, ein Faktor des öffentlichen Lebens zu sein, der von dem privatkapitalistischen Geist der modernen Zeit noch nicht durchseucht war. Wenn diese geistige Freiheit und Unversehrtheit in dem neuen Wirtschaftsminister in diesem Sinne erhalten geblieben ist, dann ist er der Mann unseres Vertrauens. Lassen wir ihn wirken und warten wir seine Taten ab.

Dr. Luther, ein früherer Oberbürgermeister, ist Reichsfinanzminister geworden. Er wird den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten in der Hauptsache von der Währungsseite beikommen müssen. Dr. Hilferding ist in seiner theoretischen Gewissenhaftigkeit über einzelne Anläufe und einen Gesetzentwurf, der jetzt den verschiedensten Einflüssen von interessierter Seite her unterliegt, nicht hinausgekommen. Dr. Luther wird die Arbeit schnell zu Ende bringen müssen. Vorläufig haben wir nicht viel Vertrauen zu dem neuen Währungsplan, doch kann hier auf Einzelheiten nicht eingegangen werden. Als Verwaltungsbeamter wird er aber wohl der dringenden Aufgabe, die der Reichskanzler ihm gesetzt hat, nämlich die, die Verantwortlichkeit der Länder und Gemeinden im Finanzwesen neu zu begründen, leichter als irgend ein Finanztheoretiker gewachsen sein. Wichtig ist eine neue Steuerreform, d. h. eine radikale Vereinfachung unseres gesamten Steuerwesens. Die Arbeit wird Dr. Luther selbst schwerlich leisten können, dazu bedürfte er vielmehr eines Staatssekretärs, der das Gesamtgebiet des deutschen Steuerwesens im Ganzen und in seinen Zusammenhängen klar übersieht. Daß unter den gegenwärtigen Staatssekretären eine solche Kraft vorhanden ist, glauben wir nicht recht. Dr. Luther wird da einmal gründlich Personalprüfung abhalten und sich vielleicht neue Mitarbeiter suchen müssen. Das sind die dringendsten Aufgaben, die ihm gesetzt sind.

Die Fragen der Verlängerung der Arbeitszeit bei den Behörden und des Beamtenabbaus berühren die Befugnisse weiter Ressorts. In der Erkenntnis der Notwendigkeit ist man sich dort allenthalben ziemlich einig. Doch stößt die praktische Durchführung hier auf nicht geringe Schwierigkeiten. Wenn Stresemann einen neuen Anlauf von rechtsradikaler und großindustrieller Seite von vornherein erfolgreich entgegenwirken will, wenn er den großen Ehrgeiz hat, nicht nur die große Koalition zu retten, sondern auch das gesamte Deutsche Reich einer neuen, besseren Aera entgegenzuführen, dann muß er in den nächsten Tagen und Wochen vor allem Willenskraft zeigen und nochmals Willenskraft und immer wieder Willenskraft.

(*)

Innere Politik.

Wechsel im Staatssekretariat der Reichskanzlei.

Der bisherige Staatssekretär der Reichskanzlei, der volksparteiliche Abgeordnete von Rheinbaben, hat seinen Abschied eingereicht, der auch bewilligt wurde. In parlamentarischen Kreisen will man wissen, daß der Rücktritt zurückzuführen sei, auf die schwankende Haltung des Freiherrn von Rheinbaben während der letzten Krise. Der Kanzler beabsichtigt, als Nachfolger den volksparteilichen Abgeordneten Dr. Most, den Direktor der Handelskammer in Duisburg, zu berufen.

Die kommunistischen Minister in Sachsen.

Dresden, 11. Okt. Die Sozialdemokraten und Kommunisten haben sich über die Neubesetzung der Ministerposten geeinigt. Es sind ernannt worden der Kommunist Böttcher zum Finanzminister, der Kommunist Heckert zum Wirtschaftsminister und der Kommunist Brandler wurde zum Minister in die Staatskanzlei berufen.

(*)

Kleine politische Meldungen.

Ein Zivilkommissar für Sachsen. Wie verlautet, wird der derzeitige Amtshauptmann von Meißen, Schmidt, zum Zivilkommissar für den Freistaat Sachsen ernannt werden. Richard Schmidt ist sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Dresden-Bautzen und erst vor kurzem Amtshauptmann von Meißen geworden.

Das Urteil gegen die Helfer der Rathenau-Mörder. Leipzig, 11. Okt. Wegen nachträglicher Begünstigung der Rathenau-Mörder Hern und Fischer, die sich auf der Flucht in Burg Saaleck erschossen haben, hatten sich gestern vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik der Student Johannes Peters aus Neukloster, der kaufmännische Angestellte Gottfried Wiese aus Wendisch-Wehningen und der Postsekretär a. D. Paul Büsch aus Lenzen zu verantworten. Die Mörder wurden auf der Flucht von Peters unterstützt, während Büsch ihnen in seiner Familie Gastfreundschaft gewährte. Dem Angeklagten Büsch hatten sie es zu danken, daß sie über die Elbe entfliehen konnten. Das Urteil lautete gegen Peters und Wiese gemäß dem Antrag des Reichsanwalts auf 8 Monate Gefängnis, gegen Büsch auf 1 Jahr Gefängnis.

Das Verfahren gegen den Harden-Attentäter Ankermann. In dem Verfahren gegen den Harden-Attentäter, Oberleutnant a. D. Walter Ankermann, der, wie erinnerlich, in Wien verhaftet und dann an Deutschland ausgeliefert worden war, ist jetzt die Voruntersuchung abgeschlossen. Der Prozeß gegen Ankermann dürfte in der zweiten Novemberhälfte vor dem Schwurgericht des Landgerichts 3 zur Verhandlung kommen. Die Anklage wird, wie im ersten Harden-Prozeß, wieder Oberstaatsanwalt Schweitzer vertreten.

Tillessen erkrankt. — Ueberführung nach Leipzig. Der im Rathenau-Prozeß zu 3 Jahren Gefängnis verurteilte Kapitän a. D. Karl Tillessen ist in der Strafanstalt Kottbus, wo er seine Strafe abbüßt, so schwer erkrankt, daß sich die Vornahme einer Operation notwendig gemacht hat. Auf Anordnung des Oberreichsanwalts Dr. Ebermeyer ist Tillessen zu diesem Zweck von Kottbus nach Leipzig überführt worden.

Die Sonderbündler an der Arbeit. Der Sonderberichterstatter des Daily Mail im Ruhrgebiet meldet von dort, daß die Führer der Abfallbewegung sich die Ausweisung von 400 Schupobeamten im gegenwärtigen Augenblick sehr zu nutzen machen. Sie seien damit beschäftigt, diejenigen ihrer Anhänger, die Polizeidienste verrichten wollen, in eine Liste einzutragen. Der Berichterstatter nimmt an, daß die neue städtische Polizei zur Hälfte aus Sonderbündlern zusammengesetzt wird.

Neues Verbot der Roten Fahne. Die Rote Fahne, die seit ihrem kürzlich erfolgten Verbot erst zwei Tage wieder erscheint, ist durch Verfügung des Reichswehrministers erneut auf unbestimmte Zeit verboten worden. In der Begründung dieser Maßnahme wird darauf hingewiesen, daß das Blatt in seinen Nummern 217 und 218 zum Generalstreik auffordert und damit gegen die Verordnung des Reichspräsidenten verstößt. Insgesamt sind nunmehr im Reich 21 kommunistische Blätter verboten.

Ein französisches Todesurteil. Das Kriegsgericht des 20. Armeekorps hat einen deutschen Offizier, den Kapitän von Debitsch vom 9. bayerischen Infanterie-Regiment, in contumatiam zum Tode verurteilt. von Debitsch werden Plünderungen, Diebstähle und Mord in der Gegend von Luneville zur Last gelegt.

(*)

Aus dem sozialen Leben.

Die Handwerkskammer Konstanz zur Arbeitslosigkeit.

Konstanz, 5. Okt. Der Vorstand der Handwerkskammer Konstanz hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Problem der Arbeits- und Beschäftigungslosigkeit im deutschen Gewerbe befaßt. Der Vorstand kam zu der einmütigen Auffassung, daß in erster Linie die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, allerdings unter Schonung der schwachen Schultern durch soziale Uebergangsbestimmungen, das geeignetste Mittel zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Handwerk und Gewerbe und deren Arbeitnehmer ist. Die Zwangsrationierung der vorhandenen Wohnräume wird für eine Uebergangszeit beizubehalten sein. Bis zur Aufhebung der Zwangswirtschaft ist bei der Zwangsmietenfestsetzung sofort für eine den heutigen Teuerungsverhältnissen entsprechende Erhöhung des Prozentsatzes für Instandsetzungsarbeiten in Goldmark Sorge zu tragen. In Anbetracht der Tatsache, daß die Preise für Baustoffe bereits den Weltmarktpreis überschritten haben und die meisten Häuser in einem schlechten baulichen Zustand sich befinden, muß der in der Vorkriegszeit für Instandsetzungsarbeiten übliche Satz von ½ Prozent des Steuerwertes eher als zu nieder bezeichnet werden.

Das Arbeitsministerium wird ersucht, unverzüglich eine diesbezügliche Verordnung für das ganze badische Land zu erlassen, da nicht zu erwarten ist, daß eine lokale und bezirksweise Mietenregelung dieser Forderung nach Gewährung einer ausreichenden Quote für Instandsetzungsarbeiten gerecht wird. Für die gewissenhafte Verwendung der Mietzuschläge für Instandsetzungsarbeiten ist Sorge zu tragen.

Katholischer Frauenbund Deutschland.

Die Tagung der Kommissionen vom Kath. Deutschen Frauenbund, die für die Zeit vom 13.—16. Oktober in Hildesheim geplant war, mußte leider der gespannten politischen Lage wegen aufgegeben werden. — Die befreundete Presse wird um Abdruck gebeten.

Die neue Lohnmeßzahl für die Reichsarbeiter.

Berlin, 12. Okt. Nach den gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen wurde die Lohnmeßzahl für die Reichsarbeiter auf 220 000 festgesetzt. Für die Beamten wurde vorbehaltlich der zuständigen Ausschüsse des Reichstags und Reichsrats eine endgültige Meßzahl von 35 000 für das zweite Oktoberviertel vereinbart.

Brotverbilligung für bedürftige kinderreiche Familien.

Berlin, 12. Okt. In der gestrigen Vollsitzung des Reichsrats machte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialdirektor Dr. Ritter Mitteilung davon, daß vom 15. Oktober ab für besonders bedürftige kinderreiche Familien eine Brotverbilligung eintritt. Diese Brotverbilligung kommt nur Gemeinden von 20 000 und mehr Einwohnern zugute. Die Länder können jedoch Ausnahmen zulassen.

Unser neuer Roman

wird morgen zu erscheinen beginnen. Wir haben geglaubt, die Idylle, die das Stimmungselement des gestern zu Ende gegangenen Romans war, einmal verlassen zu müssen und unsere Leserinnen und Leser auf ein Gebiet zu führen, das unserem gegenwärtigen allgemeinen Zeitcharakter mehr angepaßt ist. Der neue Roman betitelt sich

Der Kaplan von Heiligenberg

und hat einen oberschlesischen Pfarrer, den in mehrfachen Veröffentlichungen bereits bewährten Dichter Hubertus-Kraft Graf Strachwitz zum Verfasser. Der Untertitel: „Roman aus der Zeit des Kulturkampfes" könnte die Vermutung nahe legen, als ob es sich um eine in dieser Zeit doppelt unangebrachte konfessionelle Beunruhigung und eine versteckte Tendenzdichtung handelte. Darüber beruhigt uns jedoch der Verfasser selbst, indem er in seinem Vorwort u. a. schreibt:

„Wenn ich heute dem katholischen deutschen Volke jene traurigen Ergebnisse in Erinnerung rufe, so beabsichtige ich auch nicht im entferntesten, an der so notwendigen Einheitsfront zu rütteln, im Gegenteil, ich will dem Volke zeigen, wie Mut und Ausdauer zum Siege führen. Ich möchte dem Volk in leicht verständlicher Art aufweisen, wie schwer es oft um seine heiligsten Güter kämpfen mußte, wie erfolgreich es ist, die Freiheit in der Betätigung des katholischen Glaubens zu besitzen, und wie notwendig es ist, diese Freiheit zu wahren, zum Segen unseres deutschen Vaterlandes."

Möge der neue Roman, das neueste und erst in diesem Jahre abgeschlossene Werk des geistlichen Dichters, in diesem Sinne freundlich aufgenommen werden. Wir sind davon überzeugt, daß auch die literarischen Feinschmecker in unserem Leserkreis auf ihre Rechnung kommen.

Theater und Musik.

Landestheater. Der außerordentliche Erfolg der „Josephslegende" hat die Generaldirektion veranlaßt, das Werk außer am Donnerstag, den 11., zum letzten Male am Freitag, den 12. Oktober, mit den Gästen Iril Gedescow und Ami Schwaninger aufzuführen. Die Aufführung des „Armen Heinrich" muß deshalb verschoben werden. Das auf diesen Tag fällige Abonnement D 4 und die Theatergemeinde Nummern 1401—1900 werden auf Mittwoch, den 17. (Verdis Aida), verlegt.

Am Sonntag, den 14. d. M., gelangt Puccinis dreiaktige Oper „Tosca" neueinstudiert zur Aufführung. Das Werk wurde hier seit 13 Jahren nicht mehr gegeben und wird inszeniert von Herrn Oberregisseur Stang. Die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Schweppe. Die Titelpartie singt Frau Brügelmann. In den übrigen Hauptpartien sind beschäftigt die Herren Balve, Glaß, Loichinger, Warth, Watzke und Weyrauch. Beginn der Vorstellung um halb 7 Uhr.

Am Montag, den 15. d. M., abends halb 8 Uhr, findet das 1. Sinfonie-Konzert des Bad. Landestheater-Orchesters statt. Das Programm umfaßt folgende Werke: Orchestersuite C-dur für Streicher, 2 Oboen und Fagott von Bach, Sinfonie-A-dur Köchl. Verz. Nr. 201 von Mozart, Concerto grosso III E-moll von Händel und Beethovens 1. Sinfonie. Die drei ersten Werke werden erstmals hier zur Wiedergabe gelangen. Die musikalische Leitung hat Operndirektor Cortolezis.

*

:=: **Die Volkssingakademie Karlsruhe**, deren Schöpfungsaufführung im Mai d. J. noch in guter Erinnerung sein dürfte, schließt die diesjährige Karlsruher Herbstwoche mit einem groß angelegten Konzert ab. Am Samstag, 13. Oktober, wird der Chor an Mendelssohnschen Werken „Die erste Walpurgisnacht" und ein Finale aus der unvollendeten Oper „Loreley" singen, während Konzertmeister O. Voigt das unvergleichlich schöne Violinkonzert E-moll interpretiert. Für die erkrankte Frau von Ernst wird Elisabeth Friedberg aus Haag (Holland) als Gast die Leonore singen, während die übrigen Partien in Händen von Luise Ammerbacher, Kammersänger Max Büttner und Opernsänger Alb. Peters verbleiben. Auch die Mitwirkung des gesamten Landestheaterorchesters verspricht einen besonderen Genuß, zudem die Preise (siehe heutiges Inserat) wirklich mäßig zu nennen sind und somit einem breiteren Publikum den Besuch ermöglichen.

Sinfoniekonzerte des Bad. Landestheaters.

Seit einigen Tagen sind die Programme der für die Spielzeit 1923/24 vom Landestheater-Orchester vorgesehenen Sinfoniekonzerte veröffentlicht, deren Zahl auf zehn erhöht wird. Breitesten Raum nehmen die Klassiker ein; so ist der erste Abend Bach, Mozart und Beethoven gewidmet, reinklassisch sind auch die Vortragsfolgen des 6. und 7. Konzerts, von denen jedes ausschließlich mit Werken von Beethoven und Haydn ausgefüllt wird. Der älteren und neueren Romantik bleibt das dritte Programm vorbehalten, wo zum erstenmal Pfitzners Klavierkonzert durch den berühmten Pianisten W. Gieseking aufgeführt wird. Bruckner ist mit der dritten und ersten Sinfonie (diese als örtliche Erstaufführung) vertreten, Brahms mit der zweiten Sinfonie. Von G. Mahler wird man zum erstenmal die sechste Sinfonie hören, von Strauß die Sinfonie domestica. Lauter Novitäten verspricht das fünfte Konzert, so von Robert Heger die erste Sinfonie, von R. Stefan die „Musik für Orchester" und von M. Reger die Beethoven-Variationen. Eines der letzten Konzerte bringt die Matthäus-Passion. Neben dem ständigen Leiter der Konzerte sind auch Gastdirigenten verpflichtet und zwar zunächst Prof. Dr. Hans Pfitzner und Robert Heger (1. Kapellmeister am Nationaltheater München). Als Solisten für verschiedene Konzerte sind vorgemerkt: W. Gieseking (Klavier), Ottomar Voigt (Violine), P. Trautvetter (Cello). Die Matthäus-Passion leitet Prof. H. K. Schmid. Bemerkt sei, daß Abonnenten aller zehn Konzerte auf die jeweiligen Kassenpreise eine Ermäßigung von 20 Prozent erhalten. Das erste Sinfoniekonzert findet Montag, 15. Oktober, statt.

In enger Verbindung bezw. Ergänzung zu den Sinfoniekonzerten steht eine Anzahl musikalischer Morgenfeiern, von denen zwei auf die interessante Zeit vor Bach zurückgreifen und seltene Kammermusikwerke von Schein, Telemann, Corelli, Haßler, Stölzel und Stamitz zur Aufführung bringen. Für die bedeutendsten Klassiker und Romantiker ist je eine ganze Veranstaltung vorgesehen. — Von modernen Komponisten erscheinen Strauß (Bläser-Serenade), Sandberger (Trio) und in der letzten Morgenfeier Krenek (Musik für 9 Soloinstrumente), Hindemith (Marienlieder) und Baußner (4. Sinfonie für kleines Orchester). Auch diese Programme sind geeignet, die Aufmerksamkeit aller musikliebenden Kreise auf sich zu lenken.

Hochschulen.

Freiburg, 10. Okt. Der Direktor des physiologischen Instituts der Universität Freiburg Geh. Rat Prof. Dr. Johannes von Kries konnte am 6. Oktober seinen 70 Geburtstag feiern. Als Schüler von Karl Ludwig Helmholtz war der greise Gelehrte im Jahre 1880 mit der Leitung des genannten Instituts betraut worden, und der Freiburger Hochschule trotz verschiedener ehrenvoller Berufungen an andere Universitäten treu geblieben. Zahlreiche Ehrungen sind Geh. Rat von Kries im Laufe der Jahre zuteil geworden. Er ist Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Gesellschaften, mehrfacher Ehrendoktor und Inhaber des pour le mérite für Wissenschaft und Künste.

Kunst.

Ausstellungen Karlsruher Privatgalerien.

In unserer Besprechung unter vorstehendem Titel (siehe B. B. vom 10. Okt.) stand der Satz: „E. Würtenberger besticht durch seine Landschaft bei Karlsruhe, die in seiner linearen Rhythmik imposant wirkt." Durch einen Sehfehler unseres Kritikers wurde statt des richtigen Verfassernamens P. J. Wehrle der obengenannte wiedergegeben. Wir stellen diesen Irrtum hiermit richtig und geben dem Maler P. J. Wehrle die ihm zustehende Ehre der Verfasserschaft.

Baden.

Ueber die kommunistischen Umtriebe im Oberland

macht die Karlsr. Ztg. weitere Mitteilungen, aus denen klar hervorgeht, daß die Regierung nur um die Staatsautorität zu wahren, das Polizeiaufgebot in Lörrach verstärkte und nicht etwa, wie dummerund verlogenerweise behauptet wurde, um den Arbeitern die zugestandenen Lohnzulagen wieder zu entwinden. Letzteres hat überhaupt kein verständiger Mensch geglaubt; aber Verhetzung greift ja zu jedem Mittel. Ein solches Mittel war auch der Ausruf des Generalstreiks. Darüber heißt es in der Karlsr. Ztg.:

Der Beschluß, den Generalstreik auszurufen, führte in verschiedenen Orten am Oberrhein zu ganz wüsten Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten. Die besonnene Arbeiterschaft wird nach und nach erfahren, was alles passiert ist und sie wird auch schließlich aus den Gerichtssälen hören, daß die Regierung geradezu sträflich gehandelt hätte, wenn sie derartigen Ausschreitungen gegenüber sich völlig passiv verhalten haben würde. In Wehr z. B. rückte man in soldatischer und geheimbundsmäßiger Aufmachung gegen die Gemeindeverwaltung und ihre Organe vor, weil diese versuchte, ihre im Wald zu Holzausstockungen lagernde Sprengmittel an einen sicheren Ort zu bringen. Mit vorgehaltenem Revolver wurde dem Bürgermeister, nachdem man ihn tätlich mißhandelt hatte, das eidliche Versprechen abgenommen, von diesem Gewaltakt nichts weiter zu erzählen. Die kommunistischen Teilnehmer desselben mußten ihrem Führer auf den Sowjetstern einen Eid leisten, über das Vorkommnis völliges Stillschweigen zu bewahren. In Wehr wurden auch Dynamitbomben hergestellt, von denen einige in Lörrach gegen die Polizei Verwendung fanden.

Aehnlich wie in Wehr, wenn auch nicht gar so schlimm, ging es in Schopfheim zu. Der Amtsvorstand und ein Unternehmer wurden von hier als Geiseln nach Lörrach geführt. Den Amtsvorstand ließ man schließlich wieder laufen, der Unternehmer aber wurde in der schimpflichsten Weise mißhandelt, körperlich verletzt und schließlich in ein vom allgemeinen Verkehr abgelegenes Wohnhaus verbracht, von wo aus er in einen Wald verschleppt werden sollte, um dort sein Verhalten in Lohnfragen mit dem Tode zu büßen.

Solche Dinge stellen eine allerdings recht bedenkliche Revolutionsromantik dar, die aber aller Originalität entbehrt; denn sie ist letzterdings nichts anderes, als eine unreife Nachäffung des russischen Vorbildes. Es ist eine Schwäche deutschen Wesens, daß es überhaupt gern nachäfft, auch übelste Vorbilder, wie man hier wieder einmal sieht. Der Schwur auf den Sowjetstern wäre z. B. ein Motiv für revolutionäre Indianerliteratur, Stück 10 Pfennig mal Schlüsselzahl. Man sieht daraus, daß diese Schwäche des deutschen Wesens auch recht gefährlich werden kann. Doch liegen solche Sachen glücklicherweise mehr auf der Oberfläche und gehören nicht zum innersten Wesen des Deutschen, das sich schließlich immer wieder durchringt.

Wie bedenkenlos dort oben von kommunistischer Seite gearbeitet wurde, zeigt eine weitere Maßnahme, die von den Kommunisten getroffen war. Die Karlsr. Ztg. schreibt:

Die Elektrizitätswerke in Wyhlen und in Rheinfelden mußten die nach badischen Gemeinden und nach dem Elsaß laufenden Stromleitungen abstellen. Die nach dem Elsaß gehende Stromleitung mußte mit dem ausdrücklichen Bemerken der Rädelsführer ausgeschaltet werden, um zu erreichen, daß hierwegen die Franzosen nach Baden einrücken. Auf diese Weise hoffte man nämlich die Sicherheitspolizei von Lörrach fortbringen zu können.

Was würden die guten Leute wohl eine Ernüchterung bekommen haben, wenn französische Soldaten ihnen gegenüberstanden! Was dann aber auch sonst weiter für die Industrie und die Arbeiterschaft geworden wäre, darüber haben sich die kommunistischen Schreier wohl kein Urteil bilden können.

Aus solchen Maßnahmen spricht kleinlichste Rachsucht. Um die Polizei loszubekommen, war man zum Vaterlandsverrat bereit. Jedenfalls haben die Kommunisten im Oberland sehr übel debütiert. Sie haben mit ihrem Verhalten nur bewiesen, daß sie weder Geschicklichkeit in der Vertretung reiner Arbeiterinteressen besitzen noch vaterländisches Verantwortungsgefühl und daß, wer sich auf sie verläßt, tatsächlich verlassen ist.

Chronik.

Baden.

Bruchsal, 11. Okt.

Durch die Ortsschelle wurde in Heidelsheim bekanntgemacht, daß ein Zentn. Kartoffeln 4 Goldmark kostet. (Die Papiermarkenpfänger werden bei diesem Preise kaum in der Lage sein, sich ihren Kartoffelvorrat für den bevorstehenden Winter beschaffen zu können.)

Mannheim, 11. Okt.

Ein Opfer seines Berufs wurde in Großauheim der Elektromonteur Müller aus Mannheim bei der Firma Brown, Boverie u. Cie. Er kam mit der elektrischen Stromleitung von 10 000 Volt in Berührung und war sofort tot.

Lauf b. Bühl, 11. Okt.

Schon wieder hat sich hier ein Brandfall ereignet, und zwar ist die Scheuer des Lindenwirts Xaver Serr eingeäschert worden. Der Viehbestand konnte gerettet werden. Unzweifelhaft liegt Brandstiftung vor.

Ettenheim, 11. Okt.

Beim Zwetschgenpflücken ist der in den 40er Jahren stehende Landwirt Wilhelm Rehm von Münchweier abgestürzt und hat so schwere Verletzungen erlitten, daß er gestorben ist.

Waldshut, 11. Okt.

Der seitherige Vorstand des deutschen Hauptzollamtes Waldshut, Zollrat Schuemacher, ist auf 1. Oktober in den Ruhestand getreten, nachdem er beinahe 50 Jahre hindurch im badischen Staatsdienst gestanden hat. Nach einer langjährigen Tätigkeit bei der ehemaligen Badischen Zoll- und Steuerdirektion in Karlsruhe kam Zollrat Schuemacher im Jahre 1906 nach Waldshut als Leiter des früheren Zollamts und wurde hier 1921 Vorstand des neuerrichteten Hauptzollamtes. Zollrat Schuemacher ist in weiteren Kreisen durch seine zollwissenschaftlichen Werke und seine Berufung nach Berlin als Mitarbeiter für den neuen Zolltarif bekannt geworden.

Singen, 10. Okt.

Eine reizvolle Serie von Notgeldscheinen gab dieser Tage die Stadtgemeinde Singen a. H. heraus. Die Serie besteht aus 20 Scheinen zu je 20 Millionen Mark und trägt gut gelungen Bilder aus der weltberühmten Dichtung Jos. Viktor v. Scheffels „Ekkehard", mit kurzem erläuternden Text. Auf der Rückseite dieser Scheine befindet sich als Gegenstück zu den Vergangenheitsbildern die Ansicht des hier zu Ehren des Heimatdichters Scheffel entstehenden Scheffelhauses mit dem Hohentwiel im Hintergrund. Die Beliebhtheit, die diese für jeden Scheffel- und Kunstfreund äußerst wertvollen Scheine unter der Singener Bevölkerung und bei den Durchreisenden, Ausländern usw. fanden, zeigt sich dadurch, daß heute fast gar keine Scheine mehr im Umlauf sind. Es liegt auf der Hand, daß diese Serien aber auch für Sammler einen außerordentlichen Wert besitzen. Der „Gründungsausschuß des Scheffelhauses am Hohentwiel" sicherte sich daher eine Anzahl dieser wertvollen und prächtig gelungenen Serien und gibt sie zu Gunsten des Scheffelhausbaues an Interessenten zum Sammlerwert ab.

Stetten a. k. M., 11. Okt.

Der 27jährige Zimmermeister Anton Boreth von hier fuhr auf der Landstraße nach dem Bahnhof Inzigkofen mit seinem Motorrad gegen einen Baum und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er starb. Sein Begleiter kam mit dem Schrecken davon.

Romreise des Erzbischofs.

Freiburg, 10. Okt. S. E. der hochwürdigste Herr Erzbischof hat seine, durch die kirchlichen Satzungen für die Bischöfe vorgeschriebene Reise nach Rom zum Besuch des Papstes angetreten.

—(*)—

Gemeindepolitik.

Zwistigkeiten im Freiburger Stadtparlament.

Freiburg i. Br., 11. Okt. Der Bürgerausschuß beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung auf Grund eines von den sozialdemokratischen und kommunistischen Bürgerausschußmitgliedern gestellten Antrages mit den Unruhen während der Tage vom 18. bis zum 20. September dieses Jahres. Der Stadtrat hatte eine Uebersicht über die durch die Ausschreitungen verursachten Schäden vorgelegt, aus der hervorging, daß der Schaden am Rathaus 5 370 000 Millionen Mark, an Reben (diese wurden bekanntlich von einer Rotte junger Burschen geplündert) 720 Milliarden Mark beträgt und daß für Wiederinstandsetzungsarbeiten 60 Milliarden Mark notwendig werden. Infolge des Generalstreiks hatte das Theater einen Ausfall von 6 Milliarden, die Straßenbahn einen solchen von 3910 Millionen Mark und das Elektrizitätswerk infolge des Ausfalls von Stromversorgung einen Verlust von 86 310 Millionen Mark, während der Betriebskassenkursverlust 6 Milliarden Mk. ausmacht. In der nun folgenden Aussprache wurden das Verhalten des Oberbürgermeisters Dr. Bender von der Linken scharf kritisiert und von kommunistischer Seite wurde der Rücktritt des Oberbürgermeisters gefordert. Von sozialdemokratischer Seite wurde dem Oberbürgermeister der Vorwurf gemacht, daß er den sozialdemokratischen Stadtrat Geiler, der an der Stillegung städtischer Betriebe mitgewirkt hat, aus dem Rathaus hinauswies. Von den bürgerlichen Parteien wurde demgegenüber die Tätigkeit des Oberbürgermeisters in jenen Septembertagen anerkannt und hierauf gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten eine vom geschäftsleitenden Vorstand eingebrachte Entschließung angenommen, in der das Bedauern des Bürgerausschusses und seiner Entrüstung Ausdruck gegeben wird über die während jener Tage in Freiburg vorgefallenen Unruhen und Ausschreitungen. Der Regierung wird gedankt, daß sie mit fester Hand zur Wiederherstellung der Ordnung eingegriffen hat und dem Oberbürgermeister wurden für sein energisches Eingreifen für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Wahrung der städtischen Selbstverwaltung gegen ungesetzliche Eingriffe Dank und Anerkennung ausgesprochen.

—) * (—

Karlsruhe.

Ernennung. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist Gerichtsassessor Klemens Betzinger zum Regierungsrat beim Justizministerium ernannt worden. Oberamtsrichter Friedrich Elbs in Mannheim wurde bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit zur Ruhe gesetzt.

† **Franz Beil.** Am Mittwoch nachmittag vereinigte sich eine zahlreiche Trauerversammlung aus allen Schichten der Karlsruher Bevölkerung am Sarge eines schlichten Kaufmanns, Franz Beil. Mit diesem liebenswürdigen und überall hilfsbereiten Mann, dessen selbstloses Wirken freilich selten an die Oeffentlichkeit drang, ist zugleich eine Quelle Karlsruher Stadtgeschichte versiegt. Wie kaum ein anderer kannte er die alte biedere Residenz von ihren ersten Anfängen, mit all ihren Wandlungen, mit all ihren geistigen Größen und ihren Originalen. Eine Lichtbildsammlung mit genauen historischen Erläuterungen besaß er, eine Geschichte Karlsruhes, wie keine zweite besteht. Eine zweite Sammlung war seine Liebe, seine badische Münzsammlung; es dürfte schwerlich einen besseren Kenner des heimischen Münzwesens gegeben haben. Am meisten werden seine Freunde aber doch den guten Menschen vermissen, den nicht so leicht einer ersetzen wird.

=:= **Neue Milliardenbanknoten.** Die rasende Geldentwertung zwingt die Reichsbank zur Herstellung immer höherwertiger Geldscheine. Bisher ist nur ein Einmilliardenschein im Verkehr, der, um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, sehr schnell durch Ueberdruck eines Tausendmarkscheins entstanden ist. Diese Milliardenbanknote wird jetzt durch einen im ordentlichen Verfahren hergestellten Schein über eine Milliarde ersetzt. Fünf- und Zehnmilliardenbanknoten sind bereits im Druck. Sie dürften bald in Verkehr kommen.

)!!(**Kath. Orchesterverein.** Am kommenden Sonntag veranstaltet der Verein einen Lichtbildervortrag: „Der badische Schwarzwald" nebst einem Lustspiel. Des lehrreichen und interessanten Abends wegen, wird der Besuch warm empfohlen. Näheres siehe Anzeige.

.:. **Verzugszuschläge bei verspäteter Zahlung von Gemeindeabgaben.** Die Verzugszuschläge bei verspäteter Zahlung von Gemeindeabgaben (Grund- und Gewerbesteuer, Wohnabgabe) sind durch das badische Notgesetz vom 2. d. M. und die dazu ergangene Ministerialverordnung vom 3. d. M. (Ges. u. V.-Bl. Nr. 64 Seite 315) neu geregelt worden. Während bisher nur ein Zuschlag von 20 v. H. für jeden angefangenen Monat des Rückstandes vorgesehen war, der gegenüber der Geldentwertung nicht genügte, wird mit Wirkung vom 9. d. M. ein wertbeständiger Zuschlag erhoben. Dies geschieht, indem der Wert der rückständigen Abgabe nach dem Goldumrechnungssatz für die Landabgabe am Tage ihrer Fälligkeit festgestellt und dieser Wert dann auf den am Zahlungstage gültigen Goldumrechnungssatz für die Landabgabe umgerechnet wird. Der Unterschied zwischen beiden Beträgen wird als Verzugszuschlag erhoben. — Beträgt beispielsweise der Rückstand 200 Millionen, der Umrechnungssatz am Tage der Fälligkeit 50 Millionen, am Tage der Zahlung dagegen 90 Millionen, so sind statt 200 Millionen 360 Millionen zu zahlen; der Verzugszuschlag beträgt also 160 Millionen. Nachdem diese Zuschläge gesetzlich eingeführt sind, liegt es im eigensten Interesse der Pflichtigen, pünktlich zu zahlen.

.:. **Der Verband südwestdeutscher Industrieller** hielt am Mittwoch, den 3. Oktober, die 50. ordentliche Plenarversammlung des Direktoriums im „Schloß-Hotel" hier, unter dem Präsidium des 1. Verbandsvorsitzenden Kommerzienrat Stoeß-Ziegelhausen bei Heidelberg ab. Als Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums war Geh. Oberregierungsrat Flach erschienen, von der Reichsbahndirektion Karlsruhe Oberregierungsrat Bertram, von der badischen Regierung Dr. Scheffelmaier, Oberregierungsrat Stehberger vom badischen Ministerium des Innern und Oberregierungsrat Seeger vom badischen Finanzministerium. Nachdem man dem verstorbenen Ehrenmitglied des Verbandes Fabrikant A. Batschari von Baden-Baden ein kurzes Gedenken gewidmet hatte, wurde in die eigentliche Arbeit eingetreten. Zu Mitgliedern des Direktoriums wurden neugewählt: Generaldirektor Robert Batschari-Baden-Baden und Fabrikant Franz Schiele vom Industriekonzern Schiele-Bruchsaler. Nach einem Vortrag des Verbandssyndikus Dr. Mieck-Mannheim wurde ein Antrag angenommen, in dem sich die badische und südwestdeutsche Industrie für unfähig erklärt, die Betriebssteuer in der jetzigen Form auf die Dauer zu tragen. Es wurde daher die Aufhebung, Abänderung oder Milderung dieser Steuer verlangt. Dann wurde auch Stellung genommen zu den Preisen und Lieferbedingungen der Rohstoffsyndikate. Der Verband südwestdeutscher Industrieller will darin mit den landwirtschaftlichen Industrieverbänden Fühlung nehmen. Am Nachmittag wurde über eine Reihe handelspolitischer und Exportfragen verhandelt.

Lieder- und Duetten-Abend. Zwei Pforzheimer Künstlerinnen: die Sopranistin Tilli Redlich und die Altistin Hedy Anderle, werden Dienstag, den 16. Oktober, im Eintrachtssaale ein Konzert geben unter Mitwirkung von Frau Margarete Voigt-Schweikert und Theodor Röschmeyer am Klavier. Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt hat den Vorverkauf übernommen.

Preiserhöhung für markenfreie Backwaren. Wie die Bäcker-Innung uns mitteilt, erhöhen sich die markenfreien Backwaren infolgen der außerordentlich gestiegenen Mehlpreise auf das Doppelte. (Siehe die Anzeige.)

⚜ **Jugendversammlung.** „Ich grüße die Jugend, die nicht mehr säuft, die Deutschland durchdenkt und Deutschland durchläuft." Mit diesen Worten Herbert Eulenbergs begrüßte gestern Franziskus Hähnel, bekannt als Führer des Vortrupps, die im großen Rathaussaal in großer Zahl versammelte Jugend, soweit sie in der Jugendbewegung steht. Der Redner sprach auf Grund seiner reichen Kenntnis und gestützt auf seine Erfahrungen, die er sich im Laufe seines schon vorgeschrittenen Lebens erworben hatte über „Neue Jugendart". Für das größte Uebel unserer Zeit hält er die weite Kluft, die sich zwischen alt und jung auftut, und in die schon viele im Alter von 17—23 Jahren versanken. Klar stellte der Redner das Grundmotiv heraus, das durch die Jugendbewegung tönt: Es ist der Geist des Dienens! Ein neues Geschlecht wächst herauf, das helfen will. Er hält dann einen kurzen Rückblick auf die Geschichte der Jugendbewegung. Ausgangspunkt ist das Jahr 1889, in dem jeweils in Mittelschulen in Berlin und Hamburg es zu Auflehnungen gegen die Schule kam. Die Schule hatte kein Verständnis für Jugendkultur. Von dieser Jugendbewegung wurde im Laufe der Zeit das Erziehungswesen stark beeinflußt. „Vom Kinde aus" ist jetzt der Ruf der Pädagogik. Die Wandervogeljugend schuf sich neue Formen. Es kam zu dem Jugendfest auf dem Hohen Meisner im Jahre 1913. Der Krieg brachte große Veränderungen. Aus dem Gebaren der Nachkriegszeit muß man den Schluß ziehen, daß der Geist der Jugendbewegung alles Jugendliche beeinflußt hat. Dieses Jahr traf sich die bewußte Jugend zum zweitenmal auf dem Hohen Meisner. Es gab harte Gegensätze, der politisch linke Flügel trat unangenehm in Erscheinung. Doch immer wurde das Gemeinsame betont, das, was die Jugendringe zusammenhält, der Kampf gegen Rausch- und Rauchgift, gegen Schund und Schmutz. Schon sehen viele Parteien mißtrauisch auf ihre Jugend. Denn diese will abwarten, ob sie hineinwächst in das politische Leben der Partei. Die Jugend soll frei sein! Wenn der Junge frägt, was er tun soll, müssen wir ihm sagen, das müsse er selbst wissen. Wir Alten können ihm nur Berater sein. Die Starre, die früher in der Jugendbewegung herrschte, hat sich gelöst. Man frägt sich, was hilft es, Gedanken zu wälzen, wir wollen handeln. Wir müssen eintreten für das alkoholfreie Deutschland. Mit einem kernigen Dichterwort entließ der Redner seine gespannt lauschenden Zuhörer, die zu Beginn und zu Schluß ein gemeinsames Lied sangen. — Einen kritischen Nachruf möchten wir doch den Worten des Redners nachschicken. Wir sind der Meinung, daß auf die Frage des Jungen an seinen älteren Führer, was zu tun, dieser ihm die Antwort absolut geben müsse. Dies ist aber nur möglich, wenn er Religion besitzt. Die Jugend verlangt heute entschlossene Führer. Für sie sind aber Führer und Priester ein Begriff.

:: **Betrüger.** Anläßlich eines Unfalles auf der Kaiserstraße am 2. d. M. nach 5½ Uhr hat ein Unbekannter die Bestürzung des Ehemannes der verunglückten Frau ausgenützt und ihn zur Herausgabe seines Fahrrades unter dem Versprechen veranlaßt, das Rad nach dessen Wohnung verbringen zu wollen. Seither ist der Betrüger mit dem Rad verschwunden. Er gab sich fälschlich als Buchhalter Heinrich Kapferer aus, ist 1,65 Meter groß, etwa 38 Jahre alt, kräftig, starker Schnupfer, hat schwarzes Haar und Schnurbärtchen, trägt hellgrauen Anzug und Hut.. Beschreibung des Rades: Marke Opel, schwarzer Rahmenbau und schwarze Felgen, Morroro Freilauf mit Rücktrittsbremse, rote Satteldecke. Auf die Ermittelung des Täters sind 500 Millionen, auf Beibringung des Rades 1 Milliarde Mark Belohnung ausgesetzt.

:=: **Neues vom Postverkehr.** Der Meistbetrag der Postanweisungen, Postaufträge und Nachnahmen aus dem Ausland, sowie der Meistbetrag der Nachnahmen auf Postpakete und Postfrachtstücken aus Deutschland nach dem Ausland ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, auf 25 Milliarden Mark erhöht worden. Zu den Ausnahmen gehören Dänemark 15 Milliarden, Luxemburg (5 Milliarden), Polnisch-Oberschlesien und Portugal.

—(⊙)—

Spiel und Sport.

Deutsche Jugendkraft.

Kommenden Sonntag treffen sich auf dem Exerzierplatz hinter der Telegraphenkaserne die D. J. K. Rastatt und die D. J. K. Mühlburg zum Verbandsspiel. Rastatt als A-Klasse-Neuling wird das Beste ins Feld stellen, um gegen den Altmeister ehrenvoll abzuschneiden. Ein interessantes Spiel steht daher in Aussicht und ein Besuch dieses Spiels ist zu empfehlen. Das Spiel beginnt um 3 Uhr. Sch.

Windthorstbund Karlsruhe

Freitag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, im Marienhaus, Ecke Karl- und Gartenstraße, **Vortrag** des Hauptschriftleiters hochw. Herrn Geistl. Rat Th. Meyer:

Die politische Lage,

sowie Besprechung wichtiger Bundesangelegenheiten.

Katholischer Männerverein Karlsruhe-Mühlburg.

Mittwoch, den 17. Oktober, abends 8 Uhr, in der Westendhalle (Rheinstraße-Mühlburg)

Zentrumsversammlung

Redner: Herr Finanzminister Köhler.

Die Parteigenossen und ihre Angehörigen, insbesondere die aus dem Stadtteil Mühlburg und der Weststadt sind freundlichst eingeladen.

Aus der Partei.

Bezirksversammlung der Zentrumspartei Konstanz Stadt und Land.

Unter Leitung des Herrn Stadtverordneten Braun aus Konstanz fand auf der Insel Reichenau eine Versammlung der Zentrumsleute des Bezirks Konstanz statt. Herr Abg. Amann referierte über die beiden Parteitage in Freiburg und Karlsruhe. Ihn löste dann der Reichstagsabg. Diez ab, der über die politische Lage sprach. Von dem Abbruch des passiven Widerstandes ausgehend, kam der Redner auf das Steuerproblem zu sprechen, das das dringlichste der Gegenwart sei. Zum Währungsproblem übergehend, meinte der Redner, wir müssen eine neue Währung schaffen. Zum Schluß berührte der Redner auch die bayerischen Vorgänge und trat für festen Zusammenhalt aller deutschen Länder ein. Von der Aussprache wurde ausgiebig Gebrauch gemacht. Die verschiedenen hier aufgeworfenen Fragen beantwortete Herr Abg. Diez in erschöpfender Weise. Der Bezirksvorsitzende, Herr Abg. Amann, gab als nächsten Tagungsort Dettingen bekannt. Eine Sammlung für die Parteikasse trug gute Früchte.

—(⊙)—

Gerichtssaal.

:: **Karlsruhe, 11. Okt.** In der heutigen Schwurgerichtssitzung wurde der 40jährige in Wilferdingen bei Pforzheim wohnende Bahnarbeiter Emil Zoll, der seinen Schwiegervater im Streit erstochen hatte, zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte wohnte mit seiner Familie mit seinen Schwiegereltern zusammen, was bis zum Juli d. J. ohne erhebliche Reibungen vor sich gegangen war. Als aber der 72jährige Schwiegervater des Angeklagten, der Landwirt Kröner, ein Rind verkaufte, das er vorher dem Zoll zum Eigentum gegeben hatte, geriet dieser derart in Aufregung, daß er von seiner Arbeitsstätte nach Hause lief; ohne daß es zu einer lebhafteren Auseinandersetzung zwischen Zoll und Kröner gekommen wäre, hatte der Angeklagte plötzlich seinem Schwiegervater einen Stich mit seinem Taschenmesser in den Rücken versetzt. Der alte Mann stürzte zu Boden, erlitt eine Schädelverletzung und starb einige Stunden darnach. Der Angeklagte war geständig und erklärte, er habe die Tat in der Aufregung begangen. Die Zeugen stellten ihm einen günstigen Leumund aus. Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre Gefängnis beantragt. Die Geschworenen bejahten die Frage nach vorsätzlicher Körperverletzung und billigten mildernde Umstände zu. Das Gericht ging über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und sprach eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren aus.

Stimmen aus dem Publikum.

Schlüsselzahlberechnung betreffend.

Als vor etlichen Wochen die Schlüsselzahlberechnung des badischen Einzelhandels eingeführt wurde, schien dadurch eine einheitliche Preisgestaltung gewährleistet zu sein. Diese ist nun im Großen und Ganzen tatsächlich eingetreten. Nun brachte seither jeder Tag mit Ausnahme des Montag — Samstags wurden keine amtlichen Kursnotierungen vorgenommen — eine neue Schlüsselzahl, während die Grundzahlen im allgemeinen dieselben blieben. Es war klar, daß die Schlüsselzahl eine Funktion des Devisenkurses sein mußte. Ich hatte nach einigem Ueberlegen ausgerechnet, daß die Schlüsselzahl sich berechnen ließ, wenn man den amtlichen Dollarkurs des Vortags durch hundert teilte und dann mit drei vervielfachte. Das stimmte nun die ganze letzte Zeit sowohl bei Kurssteigerungen als auch bei Senkungen. Nun war am 9. Oktober der Dollarkurs amtlich 1200 Millionen, gegen 840 Millionen am Vortage. Die daraus sich ergebenden Schlüsselzahlen wären: für den 9. Oktober 25,2 Millionen, wie tatsächlich auch festgesetzt war, für den 10. Oktober 36 0 Millionen, die Schlüsselzahl ist aber 39,0 Millionen, trotz im allgemeinen gleichbleibender Grundzahlen. Es wäre doch wohl angebracht, daß die Landeszentrale des badischen Einzelhandels dem kaufenden Publikum Aufklärung über die Art der Schlüsselzahlberechnung geben würde.

Die neue Schlüsselzahl der Reichsbahn.

Vom Mittwoch, den 10. Oktober, ab wird die Schlüsselzahl der Reichsbahn für den Personen- und Gepäckverkehr auf 60 Millionen erhöht. Die bei den Stationen ausgehängten Umrechnungstafeln für eine Schlüsselzahl von 30 Millionen werden unter Verdoppelung der Erhebungsbeträge weiterbenutzt. Monatskarten für den Monat Oktober werden vom 10. Oktober ab nur zum neuen erhöhten Preise ausgegeben. Bis dahin bereits gelösten Monatskarten behalten ihre Gültigkeit. Mit Fahrkarten, die in der Zeit vom 7. bis 9. Okt. gelöst sind, kann die Fahrt an einem beliebigen Tage innerhalb der viertägigen Geltungsdauer, also gegebenenfalls auch noch nach dem 10. Oktober, angetreten werden. Das gleiche gilt für Doppelkarten und Fahrkarten zur Fahrt in umgekehrter Richtung, auch für Beförderungsscheine, für Schulfahrten usw.

Eine Verlängerung der viertägigen Geltungsdauer dieser Fahrausweise tritt durch die Maßnahme nicht ein.

Für Fahrscheinhefte des Mitteleuropäischen Reisebüros, die vor dem 10. Oktober gelöst sind, ist vom 12. Oktober ab der Fahrpreisunterschied nachzuzahlen.

C. M. S.

Bruchsal 17. Oct. fer. IV. h. 2¼ occ. conf. 3 sermo. (P. Stiegele S. J.)

Die neuen Postgebühren ab 10. Oktober.

Eine Ortspostkarte 1 Million Mark. — Ein Fernbrief 5 Millionen Mark. — Ein Auslandsbrief 15 Millionen Mark.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 10. Oktober 1923 an im Post- und Postscheckverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

Für Postkarten im Ortsverkehr 1 Mill., im Fernverkehr 2 Mill.; für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 2 Mill., über 20 bis 100 Gramm 3 Mill., über 100 bis 250 Gramm 5 Mill., über 250 bis 500 Gramm 6 Mill.; für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 5 Mill., über 20 bis 100 Gramm 7 Mill., über 100 bis 250 Gramm 8 Mill., über 250 bis 500 Gramm 9 Mill. Für nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Eineinhalbfache des Fehlbetrags, unter Aufrundung auf eine durch 1000 teilbare Marksumme, nacherhoben.

Für Drucksachen bis 25 Gramm 1 Mill., über 25 bis 50 Gramm 2 Mill., über 50 bis 100 Gramm 3 Mill., über 100 bis 250 Gramm 5 Mill., über 250 bis 500 Gramm 6 Mill., über 500 Gramm bis 1 Kilogr. 7 Mill., 1 bis 2 Kilogr. (nur für einzeln versandte ungeteilte Druckbände zulässig) 9 Mill.; für Blindenschriftsendungen bis zum Meistgewicht von 5 Kilogr. 1000 Mark; für Geschäftspapiere und Mischsendungen bis 250 Gramm 5 Mill., über 250 bis 500 Gramm 6 Mill., über 500 Gramm bis 1 Kilogr. 7 Mill.; für Warenproben bis 100 Gramm 3 Mill., über 100 bis 250 Gramm 5 Mill., über 250 bis 500 Gramm 6 Mill. (nichtfreigemachte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben werden nicht befördert. Für unzureichend freigemachte Sendungen dieser Arten wird das Eineinhalbfache des Fehlbetrages unter Aufrundung auf eine durch 1000 teilbare Marksumme, nacherhoben); für Päckchen bis 1 Kilogramm 10 Mill.

Für Pakete

	1. Zone (bis 75 km) Million. Mk.	2. Zone (üb. 75—375 km) Million. Mk.	3. Zone (üb. 375 km) Million. Mk.
bis 3 Kilogr.	12	24	24
über 3 „ 5 „	18	36	36
„ 5 „ 6 „	21	42	63
„ 6 „ 7 „	24	48	72
„ 7 „ 8 „	27	54	81
„ 8 „ 9 „	30	60	90
„ 9 „ 10 „	34	68	102
„ 10 „ 11 „	38	76	114
„ 11 „ 12 „	42	84	126
„ 12 „ 13 „	46	92	138
„ 13 „ 14 „	50	100	150
„ 14 „ 15 „	55	110	165
„ 15 „ 16 „	60	120	180
„ 16 „ 17 „	65	130	195
„ 17 „ 18 „	70	140	210
„ 18 „ 19 „	75	150	225
„ 19 „ 20 „	80	160	240
für Zeitungspakete bis 5 Kilogramm	9	18	18

Für Wertsendungen (Wertbriefe und Wertpakete) die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung (bei unversiegelten Wertpaketen wird die Einschreibgebühr aber nicht erhoben) und die Versicherungsgebühr, die beträgt bei Wertbriefen und versiegelten Wertpaketchen für je 1 Million Mk. der Wertangabe oder einen Teil von 1 Million 20 000 Mk.; bei unversiegelten Wertpaketen (zugelassen bis 500 Millionen Mk.) 10 000 Mk.

Für Postanweisungen bis 50 Mill. Mk. 1 Mill. Mark, über 50 bis 100 Mill. Mk. 2 Mill. Mk., über 100 bis 500 Mill. Mk. 5 Mill. Mk., über 500 bis 1000 Mill. Mark 7 Mill. Mk., über 1000 bis 2000 Mill. Mk. 10 Mill. Mark, über 2000 bis 3000 Mill. Mk. 12 Mill. Mk., über 3000 bis 5000 Mill. Mk. 15 Mill. Mk., über 5000 bis 7500 Mill Mk. 18 Mill. Mk., über 7500 bis 10 000 Mill. Mk. 20 Mill. Mk. (Meistbetrag ist von 5000 Millionen auf 10 000 Millionen Mk. erhöht).

Die Einschreibgebühr ist auf 5 Millionen Mk., die Vorzeigegebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 2½ Millionen Mk. festgesetzt; die Einziehungsgebühr für Nachnahmen und Postaufträge von 1 von jedem angefangenen Tausend der eingezogenen Beträge bleibt unverändert, Mindestbetrag 1000 Mk., Aufrundung überschießender Beträge auf volle 1000 Mk. Die Einziehungsgebühr wird von dem eingezogenen Betrag abgezogen und muß daher u. U. bei der Nachnahme- oder Auftragssumme von dem Absender berücksichtigt werden.

Für die Eilzustellung sind bei Vorauszahlung zu entrichten für eine Briefsendung nach dem Ortszustellbezirk 10 Mill. Mk., nach dem Landzustellbezirk 30 Mill. Mk., für ein Paket (Ort) 15 Mill. Mk., (Land) 40 Mill. Mark.

Die Zuschlaggebühr für jede postlagernde Sendung beträgt 250 000 Mk.

Für bar eingezahlte Zahlkarten bis 50 Mill. Mk. einschl. 250 000 Mk., über 50 bis 100 Mill. Mk. einschl. 500 000 Mk., über 100 bis 500 Mill. Mk. einschl. 1 Mill. Mark, über 500 bis 1000 Mill. Mk. einschl. 1 5 Mill., über 1000 bis 2000 Mill. Mk. einschl. 2 Mill. Mk., über 2000 bis 3000 Mill. Mk. einschl. 2,5 Mill. Mk., über 3000 bis 5000 Mill. Mk. einschl. 3 Mill. Mk., über 5000 bis 7500 Mill. Mk. einschl. 3,5 Mill. Mk., über 7500 bis 10 000 Mill. Mk. einschl. 4 Mill. Mk., über 10 000 Mill. Mark unbeschränkt 6 Mill. Mk.; für bargeldlos beglichene Zahlkarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 2 Millionen Mark für eine Zahlkarte; für Kassenschecke, die bargeldlos beglichen werden, ½ vom Tausend des Scheckbetrags, für Barauszahlungen mit Postscheck 2 vom Tausend des Scheckbetrags, Mindestgebühr 1000 Mk. Meistbetrag eines Postschecks 50 Milliarden Mk., telegraphischer Zahlkarten, Ueberweisungen und Postschecke je 20 Milliarden Mark.

Die Inlandgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen und Postanweisungen gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Päckchen nicht zugelassen), ferner nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig, wohin auch Pakete zu den Inlandsgebühren zuzüglich einer Zuschlaggebühr von 50 c (außer bei Paketen aus Ostpreußen) versandt werden können. (Für Pakete nach dem Saargebiet besondere Gebühren.) Die Inlandsgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Luxemburg, Memelgebiet und Oesterreich (Päckchen nach Luxemburg und Oesterreich nicht zugelassen).

Die Auslandsgebühren

betragen vom 10. Oktober 1923 an für Postkarten 9 Mill. Mk., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 7 Mill. Mk.; für Briefe bis 20 Gramm 15 Mill. Mk., jede weiteren 20 Gramm (Meistgewicht) 2 Klgr.) 7,5 Mill. Mk., jedoch nach Ungorn und Tschechoslowakei bis 20 Gramm 12 Mill. Mk., jede weiteren 20 Gramm 7,5 Mill. Mk.; für Drucksachen für je 50 Gramm 3 Mill. Mk.; für Blindenschriftsendungen für je 500 Gramm (Meistgewicht 3 Klgr.) 1 Mill. Mk., jedoch nach Tschechoslowakei und Ungorn bis zum Meistgewicht von 3 Klgr. 1 Mill. Mk.; für Geschäftspapiere für je 50 Gramm 3 Mill. Mk., mindestens 15 Mill. Mk.; für Warenproben für je 50 Gramm 3 Mill. Mk., mindestens 6 Mill. Mk.; Eilzustellgebühr für Briefsendungen 30 Mill. Mk.; Einschreibgebühr 5 Mill. Mk.; Rückscheingebühr 5 Mill. Mk.; Vorzeigegebühr für Nachnahmen auf Briefsendungen (vom Absender zu entrichten) 3 Mill. Mk.; Gewichtsgebühr für Wertkästchen für je 50 Gramm 6 Mill. Mk., mindestens 30 Mill. Mk. (dazu Einschreibgebühr von 5 Mill. Mk.); Versicherungsgebühr für Wertbriefe und Wertkästchen für je 9000 Mill. Mk. 15 Mill. Mk.; Postanweisungsgebühr bis 1500 Mill. Mk. 15 Mill. Mk., über 155 bis 3000 Mill. Mk. 30 Mill. Mk., jede weiteren 3000 Mill. Mk., jedoch nach England, den britischen Kolonien und den britischen Postanstalten im Ausland für jede weiteren 3000 Mill. Mk. 30 Mill. Mk. Nachnahmegebühren für Pakete 15 Mill. Mk. für je 1500 Mill. Mk. des Nachnahmebetrags.

—(*)—

Handel und Volkswirtschaft.

Karlsruher Börse. (10. Oktober 1923.) Getreide und Mehl. Die augenblickliche Lage ist dazu angetan, jedes Geschäft direkt zu verhindern. Verkäufer halten, weil keinerlei Basis zur Wiederbeschaffung aufzustellen ist, vollständig zurück. Die wenigen Offerte können mangels entsprechendem Kapital nicht aufgenommen werden. Die äußerst seltenen Forderungen differieren so stark, daß die Nennung von Preisen eine Unmöglichkeit bedeutet. — Wein und Spirituosen. Die rapid verschlechterte Mark brachte ungeheuerliche Preise, die bei äußerst geringem Angebot Geschäfte kaum ermöglichten. — Kolonialwaren. Tee mittel 8 bis 8,60 Goldmark, gut 8,80—9,80 Goldmark, fein 10—12,80 Goldmark per Kilo verzollt. Zollsatz vom 10.—12. 10. 301 400 000 Mk. per Kilo. Kaffee roh 2,90—4,60 Goldmark, gebrannt 3,80—5,— Goldmark per Kilo verzollt. Kakao 4,— Goldmark, Burmareis 0,45 Goldmark, Linsen 1,— bis 1,10 Goldmark, Perlbohnen 0,65 bis 0,70 Goldmark, Schweineschmalz 1,80 Goldmark, Salatöl 1,40 Goldmark per Kilo.

Wochenmarktpreise (Marktplatz) der wichtigsten Lebensmittel.

(Nach Mitteilung des städt. Statistischen Amts.)

Karlsruhe, 11. Okt. In Millionen Mark: Ochsenfleisch mit Knochen 1 Pfd. 90—110, Rindfleisch mit Knochen 80—110, Kuhfleisch mit Knochen 80—90, Kalbfleisch mit Knochen 110—120, Hammelfleisch mit Knochen 100 bis 110 Schweinefleisch mit Knochen 160—180, Hühner, Hahn, Stück 150—170, Henne 150—400, Gänse, lebend 900—1000, Schellfische 1 Pfd. (kleine) 20, Kartoffel 5, Rosenkohl 30—35, Blumenkohl 25—35, Rotkraut 8—9, Weißkraut 5—8, Wirsing 5—6, Spinat 8—12, Mangold —, Bohnen, grüne 7—17, Rüben, gelbe 6—7, Kohlrabi 6—7, Kopfsalat, Stück 3—6, Endiviensalat 4—10, Sellerie 8—15, Rettich 3—6, Gurken, 1 Pfd. 20—22, Tomaten 5—10, Zwiebeln 5,5—8, Lauch, Stück 3—6, Tafeläpfel, 1 Pfd. —, Tafelbirnen 20—35, Zwetschgen —, Pfirsiche 30, Zitronen, Stück 50—150, Eier, frische 25—30, Tafelbutter, 1 Pfd. 320, Schweineschmalz, ausl. 350, Schweizerkäse 160—240, Rahmkäse 120—140, Limburgerkäse 120 bis 160.

Umsatzsteuerausfuhrkurse für September 1923.

Wie uns die Steuerabteilung der Handelskammer Karlsruhe mitteilt, hat der Reichsfinanzminister die Umsatzsteuerausfuhrkurse für September wie folgt festgesetzt (1 = 1000): Belgien 1 Fr. = 4 700; Bulgarien 1 Lewa = 900; Dänemark 1 Kr. = 17 000; England 1 Pfd. Sterl. = 430 000; Finnland 1 finn. Mark = 2500; Frankreich 1 Fr. = 5600; Holland 1 holl. Gulden = 37 000; Italien 1 Lire = 4200; Jugoslawien 1 Dinar = 4 Kr. = 1000; Norwegen 1 Kr. = 15 000; Deutsch-Oesterreich 100 Kr. = 130; Portugal 1 Eskudo = 4600; Rumänien 1 Lei = 390; Schweden 1 Kr. 25 000; Schweiz 1 Fr. = 17 000; Spanien 1 Peseta = 13 000; Tschecho-Slowakei 1 Kr. = 2800; Ungarn 1 Kr. = 5; Japan 1 Yen = 46 000; Argentinien 1 Papierpeso = 31 000; Brasilien 1 Milreis = 9000; Vereinigte Staaten von Nordamerika 1 Dollar = 94 000. — Die Festsetzung der übrigen Kurse erfolgt in der Mitte dieses Monats.

Die amerikanische Ausfuhr nach Deutschland.

Washington, 8. Okt. In amerikanischen Finanzkreisen machen die von Deutschland in Amerika getätigten Käufe viel von sich reden. Während des August betrug die amerikanische Ausfuhr nach Deutschland 28 200 400 Dollar gegen 21 301 200 Dollar im August 1913. Die auf Rechnung von Deutschland in Amerika getätigten Geschäfte beliefen sich während der ersten acht Monate des Jahres 1923 auf 191 995 000 Dollar.

*

Erlaubter Devisenhandel. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Maßnahmen zur Devisenerfassung haben vielfach zu der Befürchtung Anlaß gegeben, daß die aus dem Ausland in ausländischer Valuta an deutsche Hilfsbedürftige eingehenden Unterstützungsbeiträge der Beschlagnahme verfallen würden. Diese Befürchtungen sind völlig unbegründet. Gemäß § 1 Abs. 4 der Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Devisenerfassung kann die Ablieferung von Unterhaltsbeiträgen oder von Beiträgen in ausländischer Valuta, die in Erfüllung einer sittlichen Pflicht überwiesen sind, von dem Kommissar für Devisenerfassung nicht gefordert werden.

Die Gebäudeversicherung. Amtlich wird mitgeteilt: Der Zuschlag zu der gesetzlichen Entschädigung ist nunmehr für Fälle, in denen die Wiederherstellung der Gebäude in der Zeit vom 1. bis einschließlich 15. Sept. 1923 erfolgte auf das 2 000 900fache der unter Zugrundelegung der Baukredite vom 1. August 1914 zu bewilligenden Entschädigung festgesetzt worden.

Heidelberger Federhalter-Fabrik Koch, Weber u. Co. Die Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Grundkapitals von 60 Millionen auf 100 Millionen.

Dollar in Frankfurt am 11. Okt (letzter Kurs im Devisenfreiverkehr): 4200 Mill. Mk.

Dollar in Berlin am 11. Okt (amtlicher Kurs): 5 047 350 000 (Geld), 5 072 650 000 (Brief).

Goldmark am 11. Okt., berechnet nach dem amtlichen Berliner Dollarbriefkurs, 1 Dollar = 4.20 Mk. Vorkriegswert: 1 207 773 801 Papiermark.

Karlsruher Teuerungszahl (mit Bekleidung), Stichtag 8. Okt.: 120 449 647,83 (Vorwoche: 46 310 801).

Badische Teuerungszahl (ohne Bekleidung), Stichtag 8. Okt.: 101 634 562,81 (Vorwoche: 41 189 035,62).

Reichsindexziffer, Stichtag 8. Okt: 109,1 Mill. Mk. (Vorwoche: 40,4 Mill. Mk.).

Bad. Einzelhandel: 180 Mill. Mk. (Vortag: 100 Mill. Mark).

Großhandels-Teuerungszahl, Stichtag 9. Okt.: 307,4 Mill. (Vorwoche: 84,5 Mill.).

Goldzollaufgeld. 10.—12. Okt.: 13 699 999 996 Proz. (13.—16. Okt. 24 299 999 900 Proz.).

Schlüsselzahl des Badischen Gastwirteverbandes: 150 Millionen Mark. ¼ Liter neuer Weißwein 60 Mill. Mark, Rotwein 75 Mill. Mark; Essen in Kleinbetrieben 100 Mill. Mark, in Mittelbetrieben 125 Mill. Mark.

Eisenbahn: Personentarif 60 Mill. (ab 13. Okt. 120 Millionen), Gütertarife 72 Mill. (ab 13. Okt. 350 Mill.).

Badisches Landestheater: 40 000 000 (für Josefslegende 100 Mill.).

Schlüsselzahl des Vereins deutscher Zeitungsverleger für Anzeigenaufträge: 200 000.

Buchhändlerschlüsselzahl: 800 Millionen.

Die Schlüsselzahl für Arzneitaxe: für Waren und Gefäße 1 430 000; für die Arbeitsvergütung 400 000.

Der badische Landesmilchpreis (Erzeugerpreis) beträgt ab Sonntag für das Liter Vollmilch 44 Millionen ab Stall.

Voraussichtliche Witterung bis Samstag, 13. Okt.: Weiterhin noch trüb und mild, neuerdings wieder Regenfälle, stürmische Winde.

Amtliche Anzeigen

Bekanntmachung.

Der Goldumrechnungssatz für Landabgabe beträgt für die Zeit vom 13. bis 16. Oktober 1923 einschließlich Zweihunderttreinndvierzig Millionen.

Karlsruhe, den 11. Oktober 1923.

Finanzamt Stadt und Land.

Personenstandsaufnahme für die Einkommensteuerveranlagung.

1. Die Schutzmannschaft verteilt in den nächsten Tagen die vom Landesfinanzamt gelieferten „Wohnungslisten" und Merkblätter über Luxussteuern usw. an die Hausbesitzer oder ihre Vertreter, welche die Listen und Merkblätter sofort an die einzelnen Haushaltungen ihres Hauses weiter geben. Jeder Haushaltungsvorstand füllt eine Liste für sämtliche Personen seines Haushalts gemäß der auf der Liste abgedruckten Anleitung aus (Straße und Hausnummer auf der Vorderseite oben links nicht vergessen!) und gibt sie unterschrieben an den Hausbesitzer zurück.

2. Es sind in die Listen **alle Personen** einzutragen, die am **10. Oktober 1923** in der betreffenden Wohnung wohnten oder zum betreffenden Haushalt zählten; dazu gehören auch z. B. Dienstboten, Zimmermieter, ferner Personen, die nur vorübergehend abwesend sind und endlich auch solche Kinder des Wohnungsinhabers, die zwar nicht in seinem Haushalt wohnen, aber in der Ausbildung begriffen sind.

3. Der Hausbesitzer hat die ausgefüllten Listen seines Hauses zu numerieren und zu prüfen, ob sämtliche Bewohner des Hauses nach dem Stand vom 10. Oktober 1923 richtig eingetragen sind. Er hat auf seiner Liste die Richtigkeit und Vollständigkeit sämtlicher Listen seines Hauses zu bescheinigen und gegebenenfalls dabei zu vermerken, welche falschen oder fehlenden Angaben er nicht hat richtig stellen oder beibringen können.

4. Die Listen werden ab **18. Oktober** von der Schutzmannschaft eingesammelt. Wem die Ausfüllung der Liste Schwierigkeiten macht, wende sich an das städt. Statist. Amt (Zähringerstraße 98) oder an die Gemeindesekretäre.

5. Haushaltungsvorstände, die bis **25. Okt.** keine Liste erhalten haben sollten, sind verpflichtet, sich eine Liste bei einer Polizeiwache zu verschaffen und sie ausgefüllt dort umgehend wieder abzugeben. Hausbesitzer, deren Listen bis **25. Oktober** nicht abgeholt sein sollten, sind verpflichtet, sie umgehend bei einer Polizeiwache abzugeben.

6. Hausbesitzer und Haushaltungsvorstände, sowie die Vertreter beider, die den Anordnungen zuwiderhandeln (dazu gehört auch Nichteinhaltung der Fristen), setzen sich der Bestrafung aus.

Karlsr., d. 10. Okt. 23. **Der Oberbürgermeister.**

Die Verzugszuschläge bei verspäteter Zahlung von Gemeindeabgaben (Grund- und Gewerbesteuer, Wohnabgabe) sind durch das badische Notgesetz vom 2. Okt. und die dazu ergangene Ministerialverordnung v. 3. Okt. (Ges.- und V.-Bl. Nr. 64 Seite 315) neu geregelt worden.

Karlsruhe, 10. Okt. 1923

Der Oberbürgermeister

Herzliche Bitte!

Wer hilft in dieser schweren Zeit den 250 Waisen der Armen Brüder vom heil. Franziskus in **Berlin NW 21, Turmstr. 44.** Jede Gabe wird dankbar angenommen; seien es Lebensmittel, Sachen, abgelegte Kleidung 2c. Helft uns, indem Ihr ein Scherflein an das Postscheckkonto Kathol. Knaben-Waisenhaus Berlin 46 678 sendet.

Für alles herzliches Vergelts Gott von den **Brüdern des hl. Franziskus Br. Fidelis,** Vorsteher.

In 30 Minuten
Ihr Passbild
nur im Photogr. Atelier
Kaiserstr. 50,
Eingang Adlerstrasse.

Gesucht tüchtiges
Mädchen,
kinderliebend, b. höchstem Lohn, Stefanienstr. 17 II.

Passbilder
schnellstens und gut
Atelier
Rausch & Pester
Erbprinzenstr. 3.

Tanz-
Lehrinstitut
J. Braunagel
Nowacks-Anlage 13
Beginn neuer Kurse

Volks-Singakademie Karlsruhe.
Samstag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr
Städt. Festhalle
Werke von F. Mendelssohn Bartholdy.
Die erste Walpurgisnacht
weltliches Oratorium
Loreley-Finale
für Chor, Solis und grosses Orchester.
Mitwirkende: Elisab. Friedberg (Sopr.), Luise Amerbacher (Mezzosopran), Kammersänger Max Büttner (Bariton), Opernsänger Alb. Peters (Tenor) Konzertmeister Ottomar Voigt (Violine)
Das gesamte Orchester des Bad. Landestheaters.
Chor der V. S. K., ca. 400 Personen
Leitung: Musikdirektor Willi Eiffler.
Karten bei Fr. Müller, Musikalienhandlung im Vorverkauf: 80, 65, 50 und 40 Millionen.

Grosse Auswahl in
Pelzwaren
jeder Art
Nur Zirkel 32, 1 Treppe hoch.
W. LEHMANN

Verkauf von
Herren-Hemden
Zephir :: Flanell :: Perkal
Eigenes Fabrikat! En gros und detail!
Hemdenfabrik A. Schuster
Kronenstrasse 7.

Bankhaus
Straus & Co.
Karlsruhe
Friedrichsplatz 1, Eing. Ritterstrasse
Fernsprechanschluss:
Für Stadtgespräche: Nr. 30, 4431, 4432, 4433, 4434, 4435, 4436, 4437, 4438.
Für Ferngespräche: Nr. 4901, 4902, 4903, 4904, 4905, 4906.
Für die Devisenabteilung: Nr. 4439, 4440, 4441.

Billige religiöse Schriften
von Spiritual K. Fischer
für Erwachsene und Kinder.
Eine Weile vor dem Tabernakel. Besuchungsbüchlein. 4. Auflage. 0.15 Mk.
Trag Dein Kreuz! Ein Trostbüchlein in schweren Stunden. 3. Auflage. 0.15 Mk.
Mit Maria zur hl. Kommunion. Erwägungen. 0.15 Mk.
Beichtbüchlein für Oesterbeichtende. 3. Auflage. 0.10 Mk.
Erklärung d. hl. Messe für Erwachsene und Kinder. 7. Auflage 0.10 Mk.
Kommunionbüchlein für Oesterkommunizierende 4. Auflage 0.10 Mk.
Schlüsselzahl, mit welcher der Grundpreis zu multiplizieren ist 800000000 zuzügl. dem üblichen Sort.-Teuerungszuschlag.
Badenia
A.-G. für Verlag und Druckerei.

Unser Heimat- und Diözesankalender der in keinem Hause fehlen darf!
St. Konrads-Kalender
Zu haben in den Buchhandlungen, bei den Kalenderverkäufern und Agenten.
Badenia A.-G für Druck und Verlag Karlsruhe

Kathol. Studienverein Freiburg i. B.

Die diesjährige

Mitglieder-Versammlung

findet am 21. Oktober, nachmittags 3 Uhr, zu **Pforzheim** im Vereinshaus „St. Bernhard" statt. Alle Mitglieder und Freunde der Sache sind ergebenst eingeladen. Der Vorstand.

Lumpen
Alteisen, Guß, Papier,
Akten, (unt. Gar. des Einst), Metalle sowie Maschinen jegl. Art kaufen zu höchsten Preisen
Höhn & Co., G. m. b. H.
Telephon 1514. Hardtstraße 46.
Die Ware wird auf Wunsch am Platze abgeholt

Bad. Landestheater.

Spielplan vom 13. Okt. bis 23. Okt.

Im Landestheater. Sa. 13. Oktober. Zum ersten Mal * Der Marquis von Keith, Schauspiel in 5 Aufzügen von Frank Wedekind 7 (Sp. I. 3.50—), Th.Gem. B.V.B. 4801 bis 5200. — So. 14. Neu einstudiert. Tosca 6½ (Sp. I 6.—), Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1901—2100, 2801—2900. — Mo. 15. I. Sinfonie-Konzert, Bach Mozart, Händel, Beethoven. Dirigent: Fritz Cortolezis 7½ (Sp. 2.50). Schlüsselzahl für Abonnenten 40 Millionen, für das allgemeine Publikum 50 Millionen. — Die 16. * Abonn. E 4. Herodes und Mariamne, 6½. (Sp. I. 3.50). Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2901—3100, 4001—4300. — Mi. 17. * Abon. D. 4. Aida. 7. (Sp. I. 5.—) Th.-G. B.V.B. Nr. 1401—1900. — Do. 18. * Abon. C. 5. Der Marquis von Keith. 7. (Sp. I. 3.50). Th.-G. B.V.B. Nr. 5801—6300. — Fr. 19. * Abon. A. 6. Peer Gynt. 6. (Sp. I. 3.50). Th.-G. B.V.B. Nr. 6301—6800. — Sa. 20. * Abon. B. 4. Rigoletto. 7. (Sp. I. 5.—). Th.-G. B.V.B. Nr. 4301 bis 4800. — So. 21. Tannhäuser. 6. (Sp. I. 6.—). Th.-G. B.V.B. Nr. 5201—5500. — Mo. 23. Volksbühne. L. 2. Hamlet. 7. (Sp. I. 3.50). — Die. 23. * Abon. F. 4. Tosca. 7. (Sp. I. 5.—). Th.-Gem. B.V.B. Nr. 5501—5800, 7801—8000.

Im Konzerthaus. So. 14. Die versunkene Glocke 7 (Park. I. 2.50). — So. 21. * Alt-heidelberg. 7. (Park. I. 2.50). Schlüsselzahl der Eintrittspreise vorbehalten.

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 13. Okt., nachm. ¼4—5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 15. Okt. an.

Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theatergemeinde **jeweils am Vortag der Aufführung** in der Geschäftsstelle (10—½1, 4—6 Uhr.)

Bad. Landestheater.

Freitag, 12. Oktober. 7½—9½ Uhr. Sp. I. 5.— Gastspiel von Iril Gadescow und Ami Schwaninger Zum letzten Male: **Die Josefslegende** Vorher „Tod und Verklärung".